



Universität Potsdam

Azadeh Zamirirad (Hrsg.)

Deutsche Interessen

Eine außenpolitische Debatte

Azadeh Zamirad (Hrsg.)
Deutsche Interessen
Eine außenpolitische Debatte

Azadeh Zamirirad (Hrsg.)

Deutsche Interessen

Eine außenpolitische Debatte

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://www.dnb.de> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2011

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel. +49 (0)331 977 2533, Fax -2292
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe **WeltTrends Papiere**

wird herausgegeben von Azadeh Zamirirad M. A., Universität Potsdam,
im Auftrag von WeltTrends e. V.

Band 20 (2011)
Azadeh Zamirirad (Hrsg.)
Deutsche Interessen – Eine außenpolitische Debatte

ISSN (print) 1864-0656
ISSN (online) 2190-7587

Satz: Elke Stange

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
Alle Nutzungsrechte liegen bei WeltTrends e. V.

Vereinsvorsitzender Prof. Dr. Lutz Kleinwächter
E-Mail: verein@welttrends.de

ISBN 978-3-86956-153-0

Zugleich parallel online veröffentlicht auf dem Publikationsserver
der Universität Potsdam:

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2011/5395>

URN <urn:nbn:de:kobv:517-opus-53953>

<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-53953>

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
<i>Azadeh Zamirirad</i>	
Deutsche Interessen offen diskutieren!	9
Plädoyer für eine neue außenpolitische Kultur <i>Young Tönissteiner eröffnen die Debatte</i>	
„It’s the Strategy, Stupid!“	18
<i>Christoph Jansen, Lisa Kreuzenbeck und Manuel B. Wilmanns</i>	
Nationale Interessen sind von gestern	22
<i>Dörte Dinger</i>	
Warten auf Godot	26
<i>Tobias Bunde und Adrian Oroz</i>	
Globale Solidarität als nationales Interesse	30
<i>Ulrich Franke und Ulrich Roos</i>	
Alte These – neuer Aufguss	34
<i>Alexander Brand</i>	
Außenpolitisches Selbstverständnis	38
<i>Benjamin Zyla</i>	
Zuerst die Interessen und dann die Moral?	42
<i>Benjamin Herborth und Daniel Jacobi</i>	
Mehr Debatte wagen!	46
Deutsche Sicherheitspolitik und Öffentlichkeit <i>Robert Schütte und Rana Deep Islam</i>	
Wiederkehr des Immergleichen?	51
<i>Ulrich Schuster</i>	
Deutsche Interessen	56
<i>Young Tönissteiner antworten ihren Kritikern</i>	
Publikationsnachweis	61

Vorwort

Deutschland braucht eine neue außenpolitische Kultur! Hierfür plädierte eine junge Gruppe aus dem „Tönissteiner Kreis“ (Young Tönisstein) in der Zeitschrift *WeltTrends* und forderte eine klare Formulierung deutscher Interessen. Die angestoßene Debatte stieß auf große Resonanz und wurde über das Jahr 2010 in Form eines *WeltTrends*-Streitplatzes von jungen Akademikern aufgenommen, die sich nicht scheuten, eigene Anregungen für die deutsche Außenpolitik zu formulieren und zentrale Thesen des Plädoyers in Frage zu stellen:

Mehr Dialog, fordern *Jansen*, *Kreuzenbeck* und *Wilmanns*. Eine außenpolitische Entscheidungsmatrix á la Tönisstein helfe wenig. Die Moral bleibe außen vor; Werteorientierung brauche die Außenpolitik! Nationales Interesse sei der falsche Kompass, entgegnet dagegen *Dinger*, scheint es doch universelle Werte auszuschließen. In der politischen Praxis sei man längst weiter. Auch das Selbstverständnis der Republik habe sich deutlich gewandelt.

Nichts Neues, nichts Deutsches, kontern *Bunde* und *Oroz*. Die Definition nationaler Interessen sei ein Problem vieler Staaten. Nicht einer neuen, einer besseren Außenpolitik bedürfe es. Auch *Franke* und *Roos* lehnen nationale Interessen als außenpolitisches Leitprinzip ab. Schon das Grundgesetz bekenne sich zu Multilateralität.

Eine interessenvergessene Außenpolitik? Nichts weiter als ein Strawman, entgegnet *Brand*, und ein Aufguss alter Thesen. Wo blockiert der konstatierte außenpolitische Konsens Interessenverfolgung tatsächlich? Linchpin Deutschland, proklamiert dagegen *Zyla*. Mit einer neuen Identität habe sich auch ein neues Selbstverständnis entwickelt – die Bundesrepublik als Moderator und Vermittler im transatlantischen Verhältnis. Seine herausragende Rolle könne Deutschland bei drei zentralen Themen unter Beweis stellen: in Afghanistan, in der NATO und im Verhältnis zu Russland.

Gefangen in der Logik des Absoluten, lautet der Vorwurf von *Herboth* und *Jacobi*. Deutsche Interessen als Selbstzweck fördern nicht den Dialog, sie blockieren ihn. Notwendig für die Debatte sei dagegen ein demokratischer Begriff von Politik. Zu wenig Beteiligung, beklagen *Schütte* und *Islam*. Unentbehrlich sei die Erweiterung des Diskurses um weitere Akteure. Eine sicherheitspolitische Szene über Politik und Wissenschaft hinaus, eine Öffentlichkeit von unten, könne die Debatte bereichern.

Eine falsch gestellte Diagnose, meint schließlich *Schuster*. Nationales Interesse sei längst Teil des sprachlichen Inventars und Fremdbestimmung fernab der politischen Realität. Zu Unrecht werde Afghanistan von den Young Tönissteinern zum Beispiel nationaler Interessenvergessenheit stilisiert.

In ihrer Replik stellen sich die Autoren aus dem Tönissteiner Kreis ihren Kritikern. Ergänzt werden die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge durch ausgesuchte Artikel, die als Reaktion auf den Streitplatz von 2010 in der Redaktion eingingen. So gibt das Papier die lebhafteste Debatte des außenpolitischen Nachwuchses wieder, die innerhalb wie außerhalb der Zeitschrift geführt wurde.

Azadeh Zamirrad
Potsdam 2011

Deutsche Interessen offen diskutieren!

Plädoyer für eine neue außenpolitische Kultur

Tim Maxian Rusche, Martina Bielawski, Silke Riemann, Lutz Reimers,
Florent Duplouy, Florian Kuhn, Anna von Oettingen

Außenpolitik ist von den Werten, dem Selbstverständnis einer Gesellschaft und den ökonomischen Interessen ihrer Volkswirtschaft geprägt. In den ersten beiden Teilen dieses Essays zeigen wir auf, wie Deutschland seine Werte behutsam erneuern sollte und welche Bereiche zur Wahrung seines ökonomischen Wohlstands zentral sind. Auf dieses Fundament setzen wir ein Plädoyer für eine neue außenpolitische Kultur, die Interessen offen debatiert und klar definiert, um sie erfolgreich durchzusetzen.

1. Werte und Selbstverständnis behutsam erneuern

Das Individuum als Teil der Gesellschaft steht im Mittelpunkt des deutschen Wertesystems. Im Gegensatz zur angelsächsischen Tradition werden in Deutschland aber die Vorteile der gesellschaftlichen Kohäsion sowie von gemeinschaftlichem Rückhalt und Kontrolle stärker betont. Dieser Wertekanon findet Ausdruck in den Systemen des demokratischen Rechtsstaates, des konservativen Sozialstaates und der sozialen Marktwirtschaft. Deutschsein bedeutet vor allem Sicherheits- und Konsensbedürfnis, Gerechtigkeitssinn verstanden als von Gleichheit und Regelbefolgung, Planbarkeit, Präzision und Risikoaversion.

Drei Einflussfaktoren – Globalisierung, demografischer Wandel und Klimawandel – werden das deutsche Wertesystem im kommenden Jahrzehnt besonders herausfordern:

Globalisierung

Der Nachholbedarf bei Investitionen und Konsum in Schwellenländern wird einerseits dafür sorgen, dass die traditionell in Deutschland sehr starke Industrie auch in der Zukunft große Exportpotenziale haben wird. Andererseits muss Deutschland angesichts des technologischen Aufholprozesses in China, Indien,

* Die hier geäußerten Ansichten stellen die persönliche Ansicht der Verfasser dar. Sie können in keiner Weise die Institutionen binden, für welche die Verfasser arbeiten. Der Beitrag ist das Ergebnis eines Thinktanks von Young Tönisstein im November 2007. An den Diskussionen hatten weiterhin teilgenommen: Thorsten Brunzema, Kerstin Gerling, Gabriel Glöckler, Astrid Jacob, Thomas Kühnelt, Antonius Kufferath, Peter Leetz, Julia Michaelis, Manjana Milkoreit, Julia Nietsch, Colin Nippert, Friederike Vogel.

Brasilien etc. seine industrielle Produktion noch stärker als bisher auf forschungs- und wissensintensive Hochtechnologien ausrichten.¹ Der dafür notwendige Strukturwandel der Arbeitsmärkte wirkt sich direkt aus auf die persönliche Entfaltung im Berufsleben und das deutsche Bildungs- und Forschungssystem. Auch stellt sich die Frage, was zunehmende Mobilität und Flexibilität für soziale Netzwerke und gesellschaftlichen Zusammenhalt bedeuten.

Demografischer Wandel

Alterung und Schrumpfen der Bevölkerung üben verstärkten finanziellen Druck auf die sozialen Sicherungssysteme aus, verändern das soziale Zusammenleben, die Struktur des Arbeitsmarktes und die Innovationskraft. Zuwanderung wird Teil der Problemlösung sein. Wie wird sich das neue, buntere Gesicht Deutschlands auf die Identität der Deutschen auswirken?

Klimawandel

Deutschland ist national und im Rahmen der Europäischen Union aktiv, um den Klimawandel zu begrenzen. Als globales Problem ist er jedoch nur über ein internationales Klimaabkommen unter Einbezug aller maßgeblichen Emittenten sinnvoll zu bekämpfen. Solange es hier keine substanziellen Fortschritte gibt, muss Deutschland weiterhin den inneren Gegensatz zwischen Vorreiter im Klimaschutz und starkem Industrieland aushalten. Die Industrie wird z. B. beim Emissionshandel weiterhin Kompensationen und Übergangsfristen fordern und benötigen, um ein *Level Playing Field* mit ihren Konkurrenten außerhalb der Europäischen Union vorzufinden. Wie lässt sich der Gegensatz zwischen Deutschland als Land der Produktion und Autoliebhaber und Deutschlands Selbstbild als ökologisch verantwortungsvoll auflösen?

Die Grundbedürfnisse nach Sicherheit, Planbarkeit und Kontinuität werden auf eine harte Probe gestellt. Wir müssen mehr Eigenverantwortung gewähren, zugleich aber auch weiterhin auffangen, wer sich nicht selbst ausreichend absichern kann. Wir müssen prüfen, ob eine auf Nationalität beruhende Verteilungsgerechtigkeit in einer globalisierten Welt durch die Prinzipien der Fairness und Chancengleichheit ersetzt werden sollte. Flexibilität und Kreativität sind als Grundwerte eines wirtschaftsstarken und

1 Vgl. z. B. Dorfs, Joachim (Hrsg.) (2007): Die Herausforderer – 25 neue Weltkonzerne, mit denen wir rechnen müssen, München, Hanser.

pulsierenden Deutschland notwendig. Zugleich zwingen sie den Staat, in vielen Bereichen Leistungen zu ersetzen, die bislang von stabilen sozialen Netzwerken getragen wurden.

2. Langfristig ökonomischen Wohlstand sichern

Insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in der starken außenwirtschaftlichen Verflechtung liegt unser ökonomisches Zukunftspotenzial.

Bildung

Drei Prinzipien sollten eine moderne Bildungspolitik leiten. Erstens muss das Bildungssystem durchlässiger werden. Individuelle Förderung muss breitere soziale Differenzierung ersetzen. Zweitens brauchen Bildungseinrichtungen Autonomie. Dadurch entsteht nicht nur Raum für Kreativität, sondern auch eine erhöhte Verantwortung der einzelnen Einrichtung für ihre Abgänger. Drittens brauchen wir eine Abkehr von fachorientiertem Lernen zugunsten eines vielseitig anwendbaren Lösungsdenkens.

Forschung und Entwicklung

Um die Chancen des gemeinsamen Europäischen Wirtschafts- und Forschungsraums voll zu nutzen, muss Deutschlands seine an sich gut funktionierende Forschungsinfrastruktur verstärkt europäisch und international ausrichten. Die wichtigen technologischen Gebiete sind Gesundheitsforschung und Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie, Nanotechnologie, Biotechnologie, Sicherheitstechnologien, Energietechnologien, Verkehrstechnologie und Luft und Raumfahrt.² Die öffentliche Forschungsförderung und -finanzierung sollte verstärkt marktbasierende Instrumente einsetzen und ihre Wirksamkeit regelmäßig überprüfen.

Außenwirtschaft

Ein Fünftel der Arbeitsplätze und ein Viertel des Volkseinkommens hängen vom Export ab. Aufgrund seines politischen Gewichts trägt Deutschland Verantwortung für die Ausgestaltung der Weltwirtschaftsordnung. Deutschland sollte vor diesem Hintergrund sein Gewicht für weitere Marktöffnung im

2 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung BMBF (Hrsg.) (2006): Bundesbericht Forschung 2006, Berlin, S. V f.

Rahmen der Europäischen Union und der Welthandelsorganisation einsetzen und sich für lokale Mechanismen zur Stärkung von guter Regierungsführung starkmachen.

3. Plädoyer für eine neue außenpolitische Kultur Deutsche Interessen – Ein Anachronismus?

Die Verfechter der Position, Deutschland solle insbesondere seine außenpolitische Entscheidungsfindung vollständig multilateralen Organisationen übertragen,³ weisen darauf hin, dass die Bonner Republik über gestärkte multinationale Organisationen die Teilung Deutschlands überwunden hat. Heute empfinden Verbündete Deutschlands, die ihre Außenpolitik ganz selbstverständlich staatlich definieren, diese Strategie oft als Flucht vor der Verantwortung.⁴ Die Autoren teilen diese Auffassung: Das oft als „effektiver Multilateralismus“ zusammengefasste Netzwerk aus VN, EU, NATO und OSZE trägt zur Stabilität Europas und zur Teilung von Kosten und Risiken bei; es funktioniert aber nur, wenn es Forum für die Vertretung nationaler Interessen ist, in dem eine gemeinsame Position entwickelt wird. Es setzt also für sein Funktionieren die klare Definition nationaler Interessen voraus. Bei Berücksichtigung ihrer jeweils spezifischen Besonderheiten gilt diese Argumentation auch für andere internationale Organisation wie etwa Weltbank, Internationalen Währungsfonds und OECD.

Status quo: Interessendefinition im Hinterzimmer

Die deutschen außenpolitischen Akteure (Außenpolitiker, Ministerialbürokratie, Bundeswehr, politikberatende Akademiker, Ideenschmiedern und Thinktanks) pflegen einen breiten Konsensus über die Grundpfeiler der Außenpolitik: die Werte des Artikel 1 Grundgesetz (Menschenwürde, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit), die Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses, die Einbindung internationaler und supranationaler Organisationen, die Bereitschaft zu humanitären und friedenssichernden Einsätzen der Bundeswehr, die Unterstützung eines freien Welthandels und freier Kapitalmärkte,

3 Vgl. Christoph Heusgen und Christoph Bertram in Koerber-Stiftung (Hrsg.) (2007): *Interessen und Partner der deutschen Außenpolitik*, 134. Bergedorfer Gesprächskreis, Berlin, 29. Sept. bis 1. Okt. 2006, Hamburg, S. 43 ff.

4 Vgl. Eric Gujer und Wolfgang Ischinger in Koerber-Stiftung (Hrsg.) (2007): *Interessen und Partner der deutschen Außenpolitik*, 134. Bergedorfer Gesprächskreis, Berlin, 29. Sept. bis 1. Okt. 2006, Hamburg, S. 45, 53 und 79.

die Wichtigkeit von Entwicklungshilfe und des internationalen Umwelt- und Gesundheitsschutzes.⁵ Sie bilden die „politisch korrekte“ Doktrin; kritische Positionen werden kaum vertreten.

Diese Doktrin ist meist zu abstrakt, um für die konkrete Einzelfallsituation praktikable Handlungsvorgaben zu bieten. In Ermangelung einer öffentlichen Debatte über die Einzelfallentscheidung scheinen Entscheidungsimpulse letztlich von den involvierten Entscheidungsträgern und den Einflüssen, denen sie ausgesetzt sind, auszugehen. Auslandseinsätze der Bundeswehr beispielsweise erfolgen aus „diffusem Pflichtgefühl“ und „wahrgenommenen Erwartungen anderer“.⁶

Interessen klar definieren und erfolgreich durchsetzen

Vor dem Mauerfall waren die Interessen der (damaligen) Bundesrepublik klar definiert: Wiedererlangung der Souveränität und Wiedervereinigung. Mit dem Mauerfall und dem Abschluss der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen waren die Nachkriegsinteressen verwirklicht. Fortan lautete die Aufgabe für außen- und sicherheitspolitische Entscheidungsträger: Souveränität gestalten. Ihres Kompasses beraubt, legten sie wenig Kreativität an den Tag, sondern folgten dem in 3.2 beschriebenen – durch die Bonner Republik geprägten – Verhaltensmuster. Das Fehlen einer kontroversen öffentlichen Debatte sowohl über die Grundprinzipien als auch über konkrete Entscheidungen im Einzelfall wird – ebenfalls auf Argumente der Bonner Republik rekurrierend – damit begründet, dass die Bürger nicht reif für eine solche Debatte seien und allzu leicht Populisten verfallen könnten, gäbe man abweichenden Stimmen Raum, Pressespalten und Sendezeit.

Wir sind demgegenüber der Überzeugung, dass Deutschland nach dem Erreichen von Westintegration, Ostpolitik, Wiedervereinigung und europäischer Zusammenarbeit fortan mehr sachliche, öffentliche und kontroverse Debatten über seine außenpolitischen Werte, Ziele und Interessen sowie über Strategien zu ihrer Durchsetzung braucht. Außenpolitische Positionen sollten offen und kontrovers unter mündigen Akteuren

5 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (2006): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin, S. 24.

6 So Klaus Reinhardt und Christoph Bertram in Koerber-Stiftung (Hrsg.) (2007): Interessen und Partner der deutschen Außenpolitik, 134. Bergedorfer Gesprächskreis, Berlin, 29. Sept. bis 1. Okt. 2006, Hamburg, S. 41 und 66.

einer lebendigen Demokratie debattiert werden können. Es würde die Qualität der Regierungsführung und die Legitimität der Willensbildung in der Außenpolitik stärken. Wichtige Partner Deutschlands, wie etwa die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich oder Polen, formulieren ihre Außen- und Sicherheitspolitik ganz selbstverständlich in dieser Weise.⁷

Auf dieser Grundlage kann eine selbstständige, realistische und berechenbare – weil nicht mehr nur ad hoc definierte – Positionierung Deutschlands in multilateralen Institutionen erfolgen. Wenn seine Interessen durch offene und kontroverse Debatten demokratisch legitimiert sind, kann Deutschland sich auch zutrauen, sie dort, wo seine Verbündeten es realpolitisch herausfordern, auch realpolitisch zu vertreten.⁸

Entscheidungsmatrix für Auslandseinsätze

Als Beginn für eine solche Debatte schlagen wir eine einfache Entscheidungsmatrix für außenpolitische Fragestellungen vor, die hilft, Kosten und Nutzen nüchtern gegenüberzustellen. Exemplarisch wird sie nachfolgend auf Auslandseinsätze der Bundeswehr angewandt. Sie ließe sich jedoch ebenso zur Analyse anderer Fragen – etwa zur Europapolitik – einsetzen.

Die Entscheidungsmatrix stellt Nutzen und Kosten einer Maßnahme gegenüber. Grundlage für die Bewertung des Nutzens ist der (potenzielle) Beitrag zur Verwirklichung eines deutschen Interesses. Sodann wird der Schaden bestimmt, der deutschen Interessen möglicherweise zuzufügen werden könnte, sowie die Wahrscheinlichkeit seines Eintritts. Jede Nutzen- oder Schadenskategorie wird gewichtet und in eine Grafik eingefügt, welche die Entscheidungsfindung informiert.

Nutzen- und Schadensbewertungen sind notwendigerweise ungenau und oft abhängig von individuellen Perzeptionen und Prioritäten. Umso wichtiger ist in diesem Kontext eine breite öffentliche Diskussion, in der Gewichtungen und Prioritäten deutlich werden und der Entscheidungsmatrix Legitimität geben, die über die kleine Gruppe außenpolitischer Entscheidungsträger hinausgeht.

7 Vgl. Ikenberry, John / Slaughter, Anne-Marie (Co-Directors) (2006): *Forging a World of Liberty under Law: U.S. National Security in the 21st Century*, Final Report of the Princeton Project on National Security, Princeton NJ, S. 14, <http://www.princeton.edu/~ppns/report.html> (abgerufen am 13.02.2010).

8 So im Ergebnis Hacke, Christian (2006): Mehr Bismarck, weniger Habermas: Ein neuer Realismus in der deutschen Außenpolitik? *Internationale Politik* 61, S. 1-8 (4).

Evaluierung des Nutzens

Innere Sicherheit: Die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung in einem *Failed State*, der auf seinem Hoheitsgebiet Terroristen beherbergt, kann indirekt die innere Sicherheit Deutschlands erhöhen.

Stabilität der Nachbarstaaten: Bürgerkriege in regionaler Nähe können deutsche Interessen auf verschiedene Weisen beeinträchtigen: Flüchtlingsströme, Bindungen zu den Bürgern des betroffenen Landes auf der persönlichen Ebene, Unterbrechung wichtiger Verkehrsachsen und wirtschaftlicher Beziehungen.

Mandate der VN: Ein VN-Mandat kann in mehrfacher Hinsicht zum bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Ausland herausfordern. Falls Deutschland politisch aktiv auf das Mandat hingearbeitet hat, ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit, dieses auch durch Truppen in der Ausführung zu unterstützen. Weiter stärkt die Mitwirkung an einem VN-Mandat die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen als Institution. Schließlich ist es für den Einfluss Deutschlands in den VN wichtig, dass Deutschland Mittel bereitstellt, um die Ziele der Organisation zu verwirklichen.

Unterstützung eines Bündnispartners: Dies kann im Interesse Deutschlands sein, wenn es im Gegenzug die zukünftige Unterstützung des Bündnispartners erwarten kann.

Stabilität der Ressourcenversorgung: Bestimmte Weltgegenden sind von entscheidender Bedeutung für die Versorgung mit natürlichen Ressourcen.

Sicherung von Handelsströmen: Jüngstes Beispiel ist der Schutz der Seewege vor Piraterie.

Geschichtliche Beziehungen: Aus der Geschichte können Interessen entstehen, die Bundeswehr im Ausland einzusetzen. Jüngeres Beispiel ist der Einsatz im Libanon auf ausdrückliche Bitte Israels.

Evaluierung der Kosten

Die möglichen Kosten eines bewaffneten Einsatzes sind ebenso vielfältig wie die möglichen Interessen.

Kosten des Scheiterns: Im Zielstaat können Tod und Krankheit, Infrastrukturschäden, Versorgungsengpässe, Flüchtlingsströme den Staat in einer erheblich schlechteren Verfassung zurücklassen als zuvor, was Rückwirkungen auf den Ruf Deutschlands hat.

Akzeptanz in der Bevölkerung: Um Auslandseinsätze zu beschließen, muss die Politik stets erhebliches innenpolitisches Kapital aufwenden, das sie beim Scheitern des Einsatzes einbüßt.

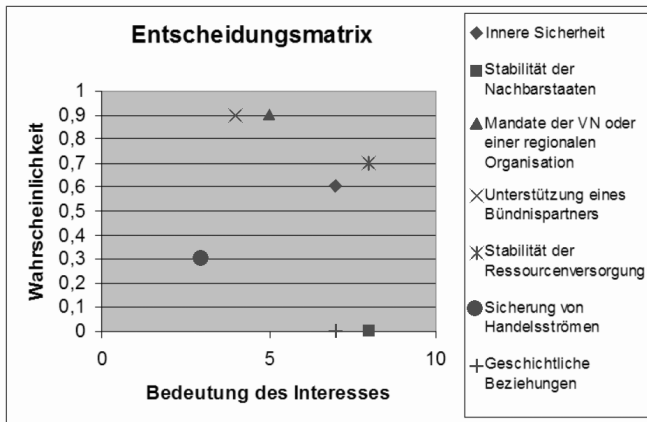
Gefallene Soldaten: Eng mit der Akzeptanz in der Bevölkerung verbunden, jedoch abhängig von der Bereitschaft der Bevölkerung, den Tod eines Soldaten als Berufsrisiko einzustufen.

Gefährdung der Völkerrechtsordnung: Völkerrechtlich zweifelhafte Einsätze können wegen der Diskrepanz zwischen Rechtsanspruch und Rechtsdurchsetzbarkeit die Völkerrechtsordnung in ihrem Bestand gefährden.

Kapazität der Streitkräfte: Jeder Einsatz verringert die Interventionsfähigkeit an anderen Orten, und damit auch die Abschreckungs- und Drohwirkung.

Finanzieller Aufwand: Jeder Einsatz verursacht erhebliche Kosten und verhindert anderweitige Investitionen.

Grafische Darstellung



Auf der y-Achse ist die Wahrscheinlichkeit der Durchsetzung des Interesses (beziehungsweise die Wahrscheinlichkeit des Eintritts der Kosten) eingetragen, auf der x-Achse die Bedeutung der Durchsetzung des betroffenen Interesses (beziehungsweise die Größe der Kosten). Diese Grafik greift aus Gründen der Lesbarkeit nur die Interessen auf, analog wird das gleiche Verfahren für die Kosten angewendet.

Ableiten der Entscheidung

Die Ansammlung der Punkte im Verhältnis zu den Präferenzlinien ermöglicht eine rationale, informierte Abwägungsentscheidung. Im Gegensatz zur Ad-hoc-Entscheidung im Hinterzimmer ist jeder einzelne Schritt – Aufnahme oder Ablehnung, Bewertung einzelner Interessen sowie die Interpretation der Grafik – nachvollziehbar und somit offen für Kritik, Korrektur und Kontrolle.

Und die Moral? – Aber sicher!

Diese Entscheidungsmatrix stellt bewusst nicht die Frage nach der moralischen Begründung einer Entscheidung, obwohl diese Frage oft im Mittelpunkt der politischen Debatte steht. Moralische Werte sind neben Interessen, wie im Übrigen auch völkerrechtliche Rechte und Pflichten, unverzichtbare Dimensionen jeder außenpolitischen Entscheidung. Die Entscheidungsmatrix ist transparent und nachvollziehbar auf die Verwirklichung eindeutiger und praktischer Interessen auszurichten. Moralische Aspekte wurden als absolute Größen belassen und ausgeklammert. Letztlich ließen sich wohl auch moralische Aspekte ebenso als Nutzen oder Kosten darstellen, wie beispielsweise die Durchsetzung oder Gefährdung der Völkerrechtsordnung.⁹ In jedem Fall könnten sie berücksichtigt werden, indem die dargestellte Entscheidungslogik in einer abschließenden Gesamtabwägung mit qualitativen Argumenten ergänzt würde. 🌐

Der Tönisteiner Kreis ist ein Gesprächskreis von Führungskräften aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, die vor dem 35. Lebensjahr mindestens je ein Jahr Auslandserfahrung in zwei unterschiedlichen Sprachräumen erworben haben. Als überparteiliches und interdisziplinäres Netzwerk will der Kreis Impulse für eine verstärkte internationale Öffnung und Kooperation Deutschlands geben. Seit 2008 treffen sich jüngere Mitglieder des Kreises in losen Abständen als „Young Tönisstein“, um aktuelle Fragen der Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik zu diskutieren.

9 Zur Erfüllung des Völkerrechts als Interesse, Neuhold, Hanspeter (1976): Die Einhaltung des Völkerrechts in einer außenpolitischen „Kosten-Nutzen-Analyse“, German Yearbook of International Law 19, S. 317-351.

„It's the Strategy, Stupid!“

Christoph Jansen, Lisa Kreuzenbeck und Manuel B. Wilmanns

Es ist unzweifelhaft nötig, eine ausführliche und ehrliche Debatte zu Themen wie den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu führen. Deshalb begrüßen wir das hier stattfindende Streitgespräch. Eine Entscheidungsmatrix, die eine solche Debatte auf in Zahlen angegebene Kosten und Nutzen reduziert, kann der Bedeutung und Komplexität der Diskussion aber unmöglich gerecht werden. Vielmehr muss eine solche Debatte ausgehend von den Interessen und Werten deutscher Außenpolitik geführt werden. Denkanstöße zu Inhalt und Kultur dieser Auseinandersetzung werden hier vorgestellt.

Deutsche Interessen

Außenpolitik ist ein Prozess, der eigene Ziele im Verhältnis zur Außenwelt identifiziert und darauf aufbauend verfolgt. Auf europäischer Ebene werden ausgewählte gemeinsame Interessen der Mitgliedstaaten verfolgt; die Definition dieser Interessen geschieht aber immer noch in den Hauptstädten – Europäische Sicherheitsstrategie hin oder her.¹ Auch die Verfolgung der nicht durch gemeinsame Interessen abgedeckten Ziele wird von dort aus betrieben. Deutsche Interessen können also nicht in europäischen aufgehen, wie es landauf, landab heißt, sind aber in großen Teilen mit diesen identisch. Bleibt die Frage, wodurch sich deutsche Interessen von denen unserer Nachbarn unterscheiden.

Bis zum Mauerfall waren spezifisch bundesrepublikanische Interessen mit Wiedererlangung der Souveränität und Wiedervereinigung klar definiert, wie der Ausgangsartikel dieser Debatte richtig feststellt. Um die Beantwortung der Frage, was danach gilt, drücken sich die Autoren aber konsequent. Ihre Entscheidungsmatrix, die sich lediglich auf konkrete Einzelfälle bezieht, kann keinesfalls als Grundlage einer Diskussion über außenpolitische Leitlinien und deutsche Interessen dienen. Denn Einzelentscheidungen können nur auf Grundlage einer langfristigen

1 Vgl. Allen, David (2001): 'Who Speaks for Europe?' The Search for an Effective and Coherent External Policy, in: Peterson, John / Sjursen, Helene (Hrsg.): A Common Foreign Policy for Europe? Competing Visions of the CFSP, London, Routledge, S. 43-60.

außenpolitischen Strategie gefällt werden. Letztere muss zunächst definiert werden.

Sicherheit vor Bedrohungen von außen, globale Abrüstung, Energiesicherheit, freie Handels- und Kommunikationswege, eine starke Völkerrechtsordnung, der Schutz globaler Umweltgüter: Dies sind alles Beispiele deutscher Interessen, die nur gemeinsam im europäischen Rahmen verfolgt werden können. Aber was ist heute das spezifisch nationale Interesse? Nach dem Ende des Kalten Krieges ist es im deutschen Interesse, den Status als europäische Mittelmacht auszubauen, ohne das Gleichgewicht der Kräfte in Europa zu stören, um den eigenen strategischen Einfluss in Europa zu stärken und so im Bewusstsein der Vergangenheit global die Zukunft mitgestalten zu können.

Werteorientierte Außenpolitik

Moral und Werte in der Außenpolitik werden von den Autoren des Ausgangsartikels stiefmütterlich behandelt: „Und die Moral? – Aber sicher!“ heißt es in dem Plädoyer. Moralische Werte seien eine absolute Größe und hätten keinen Platz in einer Entscheidungsmatrix, die auf die Durchsetzung von praktischen Interessen ausgerichtet ist. Inwiefern das in Artikel 1 des Grundgesetzes verankerte Bekenntnis zur Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte, das als Teil der politisch korrekten Doktrin beschrieben wird, Einzug in die deutsche Außenpolitik erhalten sollte, bleibt in dem Ausgangsartikel unbeantwortet. Dabei ist für einen offenen Dialog über die deutschen Interessen eine Diskussion des konkreten Einflusses von Werten und Moral auf die deutsche Außenpolitik unumgänglich.

Eine moralische oder wertorientierte Außenpolitik hat nach unserer Ansicht auch eine realpolitische Dimension. Aus machtpolitischer Perspektive ist eine Außenpolitik, die sich für den Schutz der Menschenrechte und den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen weltweit einsetzt, im deutschen Interesse. Denn so wird die Ordnung jenseits des postmodernen Europas der europäischen angeglichen. Eine wertorientierte Außenpolitik trägt daher ultimativ zur Durchsetzung von deutschen Interessen wie mehr Sicherheit, mehr Stabilität und größerem Einflussvermögen bei.²

2 Vgl. Rifkin, Jeremy (2004): *The European Dream. How Europe's Vision of the Future Is Quietly Eclipsing the American Dream*, Cambridge, Polity Press.

Die Art und Weise, wie eine wertorientierte Außenpolitik eine Transformation von „Mars“ zu „Venus“ befördern kann, ist die eigentlich kritische Frage. Sie wird von den Autoren des Ausgangsartikels komplett ignoriert. In jedem Fall muss deutsche Außenpolitik den Anspruch haben, den Werten des Grundgesetzes zu globaler Achtung zu verhelfen. Dieser Anspruch darf aber nicht mit einem missionarischen Eifer verfolgt werden, weil das anmaßend wäre und die Kapazitäten Deutschlands als regionale Mittelmacht übersteigen würde. Eine wertorientierte Außenpolitik zur Durchsetzung von deutschen Interessen muss durch die Anziehungskraft von Kultur, Werten und Institutionen überzeugen.³ Gleichzeitig schließt dies aber nicht aus, dass sich Deutschland im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten an völkerrechtlich legitimierten und multilateralen militärischen Einsätzen beteiligt.

Debattenkultur

Wer behauptet, dass eine gesellschaftliche Debatte über die Prioritäten deutscher Außenpolitik bei null beginnen könne, ignoriert die meist fein kalibrierte deutsche Außenpolitik. Diese hat sich im Laufe von 60 Jahren Bundesrepublik an einem Werte- und Interessenkontext orientiert, der zwar über die Jahre modifiziert und erweitert wurde, aber nur selten willkürliche außenpolitische Entscheidungen hervorbrachte.⁴

Außerdem muss die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in einer Debatte über außenpolitische Prioritäten genauso eine Rolle spielen wie bestehende Bündnisverpflichtungen. Beispielsweise darf in einer Debatte über den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr ein Hinweis auf die Ausrufung von Artikel 5 des NATO-Vertrags als Reaktion auf 9/11 nicht fehlen. Nur wer sich solcher Zusammenhänge nicht bewusst ist, kann auf die Idee kommen, dass sich die Antriebskraft deutscher Außenpolitik aus einem „diffusen Pflichtgefühl“ speist.

Auch darf nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Entscheidungen der Regierung und des Parlaments in einer repräsentativen Demokratie Fähnchen im Wind der öffentlichen Meinung sind.⁵ Politische Führungspersönlichkeiten haben

3 Vgl. Nye, Joseph (2004): *Soft Power. The Means of Success in World Politics*, New York, PublicAffairs.

4 Vgl. Hacke, Christian (2003): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Berlin, Ullstein.

5 Vgl. Burke, Edmund: *Speech to the Electors of Bristol*, 3. November 1774.

gegenüber der Bevölkerung und den Medien einen begründeten Informationsvorsprung und es ist ihre Pflicht, bei ihren Entscheidungen einer Verantwortungs- und nicht einer Gesinnungsethik zu folgen.

Um seiner Verantwortung gerecht zu werden, zählt es aber andererseits zu den wichtigsten Aufgaben eines Politikers, in einem kontinuierlichen Kommunikations- und Dialogprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern zu stehen. Dieser muss erstens ehrlich die Wahrheit über Sachverhalte deutscher Außenpolitik darlegen und darf zweitens nicht davor zurückschrecken, auch unpopuläre und komplexe Faktoren deutscher Außenpolitik, wie beispielsweise Bündnisverpflichtungen und historische Zusammenhänge, zu erklären. Die politische Elite würde gut daran tun, endlich stärker in einen solchen Dialog einzutreten. 🌐



Manuel B. Wilmanns,
geb. 1984, M. A. cand.
wilmanns@uni-bonn.de

Lisa Kreuzenbeck, M. A.,
geb. 1984, Politik-
wissenschaftlerin.
lisakreuzenbeck@
gmail.com

Christoph Jansen, M. A.,
geb. 1983, Politik-
wissenschaftler.
c_jansen@gmx.com

Nationale Interessen sind von gestern!

Dörte Dinger

Ein ambitionierter Versuch – der nicht hält, was er verspricht. So lässt sich der Beitrag einiger Mitglieder des Tönissteiner Kreises zur Debatte über die neue deutsche Außenpolitik am besten charakterisieren. Denn wo schonungslose Auseinandersetzung gefordert wird, wird nur kurzsichtige Analyse geboten. Und wo Zukunftstauglichkeit das Ziel ist, werden lediglich uralte Rezepte aufgewärmt. In der Tat weisen die Verfasser mit ihrem Beitrag zurück statt nach vorn. Das Papier fordert, Deutschland müsse seine Werte „behutsam erneuern“. Dies wird verbunden mit einer zum Teil fundamentalen Kritik an bisherigen außenpolitischen Orientierungen und Praktiken. Den Königsweg bietet nach Ansicht der Verfasser eine verstärkte Fokussierung auf das ‚nationale Interesse‘ – was immer dies auch sein mag. In der Tat vermögen aber weder die Bestandsaufnahme noch die vorgeschlagenen Auswege zu überzeugen.

Bereits die Forderung nach einer Erneuerung deutscher Werte erscheint einigermaßen diffus. Es mag richtig sein, was dort an Allgemeinplätzen zu den Herausforderungen für die deutsche Gesellschaft und deren Wohlstandssicherung zusammentragen wird (Globalisierung, demografischer Wandel, Klimawandel); warum aber jenseits der notwendigen Reform von Politiken deshalb gleich unser Wertesystem überholt werden muss, bleibt unerläutert – und unverstanden. Gleiches gilt für die skizzierten Lösungsvorschläge: Sie weisen zum Teil in Richtung von mehr Eigenverantwortung und sprechen andererseits von ‚Verteilungsgerechtigkeit in globalem Maßstab‘. Dies stellt tatsächlich die interessanteste Idee des Aufsatzes dar, doch wird sie nur beiläufig in einem Nebensatz erwähnt. Vielleicht war den Verfassern bewusst, dass sie damit ihren gesamten Ansatz konterkarieren würden. Denn wer Verteilungsgerechtigkeit global erreichen will, dem wird die Rückbesinnung auf nationale Interessen nur wenig hilfreich sein.

Dennoch gehen die Autoren mit der bisherigen deutschen Außenpolitik schonungslos ins Gericht. Man fühlt sich ein wenig



Dipl.-Pol. Dörte Dinger,
geb. 1981, PhD Fellow an
der Bremen International
Graduate School of Social
Sciences.

ddinger@bigsss.uni-
bremen.de

in die 1990er Jahre zurückversetzt, so als verliefen die Konfliktlinien heute tatsächlich noch zwischen kompletter Zurückhaltung à la Bonn und den *Power Politics* einer wiedervereinigten Großmacht. Die Verfasser behaupten, effektiver Multilateralismus funktioniere nur, wenn internationale Organisationen als Forum für die Vertretung nationaler Interessen begriffen werden, und kritisieren, Deutschland sei sich über seine eigenen Interessen zu wenig bewusst. Beide Thesen sind gewagt und werden dennoch nicht weiter begründet. Dass ausgerechnet der Egoismus aller Mitspieler für ein besonders gutes Ergebnis sorgen soll, hat sich in der Realität schon oft als trügerische Hoffnung erwiesen. Die Debatte um den ständigen Sitz im Sicherheitsrat hat nicht nur gezeigt, dass innerhalb Deutschlands eine allein auf nationale Vorteile zielende Politik als nicht legitim wahrgenommen wird – zumindest benutzten Vertreter der damaligen Oppositionsparteien CDU und FDP diesen Vorwurf regelmäßig, um die Reformbemühungen der rot-grünen Regierung zu diskreditieren. Auch offenbarten die Auseinandersetzungen vor allem mit dem EU-Partner Italien, dass die Bundesrepublik nicht erfolgreicher ist – im Gegenteil! –, wenn sie die Tradition der Partnerorientierung, des Gemeinschaftssinns und der multilateral ausgerichteten Interessen verlässt.

Wo steht die deutsche Außenpolitik heute tatsächlich, und wohin sollte sie sich entwickeln? Die häufig geäußerte Kritik an zu viel Rückständigkeit mag teilweise zutreffen; gleichzeitig haben sich sowohl Selbstverständnis als auch Praxis der deutschen außenpolitischen Akteure seit der Wiedervereinigung bereits erheblich gewandelt. Denn obwohl Bonner Prinzipien auch heute noch in vieler Hinsicht prägend sind, hat sich deren Bedeutung schrittweise verändert: Rainer Baumann hat gezeigt, wie gerade der Begriff des Multilateralismus eine stärker instrumentelle Konnotation angenommen hat, wie Ideen von nationalem Interesse und auch Status an die Seite der althergebrachten Wertorientierung treten (der Artikel der Mitglieder des Tönissteiner Kreises ist in dieser Hinsicht geradezu emblematisch).¹ Es ist also nicht zutreffend, dass der Bonner außenpolitische Konsens, von den Verfassern als ‚politisch korrekte Doktrin‘ belächelt, unverändert fortbesteht. Recht haben die Autoren aber, dass über nötige

1 Baumann, Rainer (2006): Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik. Baden-Baden, Nomos.

Neuausrichtungen und solche, die bereits im Gange sind, zu wenig diskutiert wird. Ihr Plädoyer für eine neue außenpolitische Kultur legt den Finger in eine tatsächlich offene Wunde. Eine nicht nur ad hoc definierte, sondern aus einer offenen Debatte unter mündigen Akteuren hervorgegangene Außenpolitik – das ist notwendig. Aber ist das nationale Interesse wirklich die richtige Kategorie dafür? Taugt solch ein diffuser Begriff als Kompass für kohärente, eben gerade nicht ad hoc bestimmte Politik? Werden nicht dadurch alle Ansätze ausgeblendet, in denen es weniger um situativ-pragmatische Interessen, als vielmehr zum Beispiel um universelle Werte geht? Oder, überspitzt formuliert: Wollen wir nur das *Nützliche* in den Blick nehmen, oder zielen wir auch darauf, das *Richtige* zu tun? Die Fokussierung auf das nationale Interesse ist nur irreleitend, da es implizit sowohl universelle Interessen als auch nationale oder internationale Normen auszuschließen scheint. Gerade in Bezug auf Kriegseinsätze ist solch eine Verkürzung besonders zynisch. Klaus Naumann hat jüngst in der ZEIT auf die Gefahren hingewiesen, die eine rein instrumentelle Sicht auf Auslandseinsätze birgt, da sich die Rolle der Bundeswehr eben nicht auf die Wahrung deutscher Interessen reduzieren lässt.² In Afghanistan geht es eben nicht nur um die Sicherung von Handelsströmen oder um die eigene innere Sicherheit: Gleichzeitig werden Frauenrechte durchgesetzt, die Werte der westlichen Welt gegen den Terrorismus verteidigt, Entwicklungshilfe geleistet, *Failed States* stabilisiert. Könnte man argumentieren. Oder nicht? Und wenn doch, gäbe es einiges zu diskutieren: Ist eine Intervention der richtige Weg dafür? Welche anderen Wege könnten, sollten Deutschland, das westliche Bündnis, die UN beschreiten? Nicht zuletzt: Ist es richtig, das zu tun? Nur eine Debatte, die mehr umfasst als den Widerstreit egoistisch-nationaler Interessen, kann solche Fragen in den Blick nehmen.

Die einseitige Ausrichtung auf nationale Interessen ist aber nicht nur diskussionshinderlich; sie würde deutscher Außenpolitik auch substanziell nicht guttun. Dies ist kein Plädoyer für die Rückkehr zur Machtvergessenheit Bonner Zeiten; im Gegenteil. Die Bundesrepublik hat einen Beitrag zu leisten, und sollte dies auch mit der erforderlichen Hartnäckigkeit tun. Mitsprache und Mitgestaltung im Rahmen multilateraler

2 Naumann, Klaus (2010): Soldaten sollen denken. In: Die Zeit 6/2010, 4. Februar 2010.

Governance-Strukturen sind eine Selbstverständlichkeit und müssen nicht mehr trotzig eingefordert werden, ebenso wenig wie sie nicht mehr aus falsch verstandener Zurückhaltung verweigert werden können. Dennoch sollte die Bundesrepublik sich bei der Wahrnehmung dieser neuen Verantwortung ruhig auf ihre alten Stärken zurückbesinnen: die Einbindung kleinerer Partner, den Ausgleich von Interessen, die Orientierung am Allgemeinwohl. Das ist mehr als eine Stilfrage (obwohl auch die nicht unerheblich ist). Wenn Deutschland sich konsequent für globale Verteilungsgerechtigkeit, für die Demokratisierung und Verrechtlichung internationaler Politik einsetzt, kann es sich als Partner und Mit-Führungsmacht empfehlen, sich eigenständig profilieren – und nebenbei noch das Richtige tun. Was das aber im Einzelnen ist, darüber muss leider weiterhin von Fall zu Fall im politischen Diskurs beraten werden. Dabei kann auch keine noch so ausgeklügelte Entscheidungsmatrix helfen. Es sind im Kern politische Entscheidungen, vor denen die Außenpolitik steht. Deshalb ist weder Moral eine ‚absolute Größe‘ noch lassen sich ‚Kosten und Nutzen nüchtern abwägen‘. Und das ist gut so, denn sonst bräuchten wir keine Politiker mehr, sondern könnten Auslandseinsätze von Rechnungsprüfern anordnen lassen. 🌐

Welt Trends *Lehrtexte*

Widdau, Wiedergelesen: Klassiker der Politologie	LT 19
Krämer, Res Publica: Eine Einführung in die Politikwissenschaft	LT 18
Krämer, Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR	LT 17
Dornfeldt / Seewald, Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland	LT 16
Dornfeldt / Seewald, Deutsche Außenministerien	LT 15

Bestellung bei amazon

Warten auf Godot

Tobias Bunde und Adrian Oroz

Man mag gar nicht mehr mitzählen, wie oft in den letzten Jahren in der außenpolitischen Debatte gefordert wurde, Deutschland möge doch endlich einmal seine Interessen klar formulieren und anschließend durchsetzen – so wie das jedes andere normale Land auch mache. Eine solche, längst überfällige Definition, so das Mantra, werde dann als neuer Kompass deutscher Außenpolitik dienen können. Der *WeltTrends*-Beitrag einiger Mitglieder der Initiative Young Tönisstein reiht sich in diese wenig originelle Forderung ein und identifiziert einige wenig überraschende Interessen. Die Autoren fordern eine „neue außenpolitische Kultur“ und eine Debatte über Interessen, die sich nicht an einer von ihnen unterstellten „politisch korrekte[n]‘ Doktrin“ orientiert. Diese Doktrin sei „zu abstrakt“, deshalb müsse man Kosten und Nutzen nüchtern analysieren, in einer „Matrix“ fassen, gegenüberstellen und dann dementsprechend handeln. Es ist müßig, über eine solche Matrix oder den oft bemühten „Kriterienkatalog“ zu sprechen. Außenpolitik lässt sich nicht auf zwei Achsen abbilden. Weder der Kontext noch mögliche Abwägungen zwischen einzelnen, als wichtig identifizierten Interessen werden berücksichtigt. Über die Mittel zur Interessendurchsetzung sagt die Matrix auch nichts – und diese Frage ist häufig die schwierigere.

Das Plädoyer, Deutschland brauche „mehr sachliche, öffentliche und kontroverse Debatten über seine außenpolitischen Werte, Ziele und Interessen sowie über Strategien zu ihrer Durchsetzung“, ist fraglos unterstützenswert. Allerdings bedient der Artikel lediglich den lahmen Mythos vom angeblichen Sonderweg deutscher Außenpolitik. Zusammen mit der allgegenwärtigen Forderung nach einer Definition nationaler Interessen verhindert dieser Mythos eine offene Debatte eher, als dass er sie fördert.

Schon bei einigen Grundannahmen des Beitrags ist Skepsis angebracht. Hier werden etwa Christoph Heusgen und Christoph Bertram angeführt als „Verfechter der Position, Deutschland solle insbesondere seine außenpolitische Entscheidungsfindung



Tobias Bunde, M. A.,
geb. 1983, Doktorand,
Universität Konstanz.
tobias.bunde@uni-
konstanz.de

vollständig multilateralen Organisationen übertragen“ – eine sehr eigenwillige Interpretation ihrer Aussagen, um es milde zu formulieren. Kritiker einer übermäßigen Betonung der „nationalen“ Aspekte deutscher Außenpolitik heben lediglich die herausragende Bedeutung der europäischen Einbindung und der Interaktionen mit den Partnern hervor, ohne die deutsche Außenpolitik heute gar nicht mehr zu denken ist. Wer fordert denn wirklich, die Bundesrepublik solle ihre Außenpolitik der EU oder der NATO überlassen?

Ebenso oft wiederholt und dennoch nicht zutreffend ist die Behauptung, Deutschland unterscheide sich von seinen Partnerstaaten, indem es seine außenpolitischen Interessen nicht offen diskutiere und klar definiere, wie es andere „ganz selbstverständlich“ täten. Zum Beleg wird auf den Abschlussbericht des *Princeton Project on National Security* verwiesen. Nun ist dies zum einen ein Bericht von Privatpersonen, kein offizielles Strategiepapier – und wer genau liest, wird zum anderen bei den meisten dort beschriebenen „nationalen“ Interessen wenige mit besonders nationalem Charakter finden können.

Vor allem die Lektüre der Strategiepapiere anderer großer europäischer Staaten zeigt, dass die klare Definition nationaler Interessen nicht nur Deutschland Probleme bereitet. Beispielsweise wurde auch die nationale Sicherheitsstrategie des Vereinigten Königreichs für ihre Unbestimmtheit kritisiert.¹ Und so wenig wie klar identifizierbare klassische „nationale Interessen“ Deutschlands in Afghanistan oder anderswo berührt sind, sind dort französische oder italienische Interessen im traditionellen Sinne berührt. Auch die ein wenig beliebig anmutende Reihung von „deutschen Interessen“ im Eröffnungsartikel dieses Streitplatzes spiegelt diese Problematik wider. „Stabilität der Nachbarstaaten“, „Sicherung von Handelströmen“ usw. – was ist daran „deutsch“?

Mit dieser Beobachtung eng verbunden ist die Frage nach Werten in der Außenpolitik. Interessen sind eben nicht so klar von Werten zu trennen, wie im ersten Beitrag dieses Streitplatzes behauptet wird. Hinter jedem Interesse steht eine Wertzuschreibung. Da sich die Werte, auf denen die deutsche Außenpolitik



Adrian Oroz, geb. 1984,
Student, Eberhard-Karls-
Universität Tübingen.
oroz.adrian@
gmail.com

1 Dunne, Tim: A Partial Strategy, 25. März 2008. <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2008/mar/25/apartialstrategy> (abgerufen am 19.02.2010).

basiert, kaum von denen anderer liberaler Demokratien unterscheiden, ist es auch wenig überraschend, wie ähnlich sich die Interessen dieser Länder sind. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels hat dies im Zuge der Diskussion um das neue Weißbuch 2006 auf den Punkt gebracht: „In der Vergangenheit ist immer wieder gefordert worden, Deutschland möge endlich seine nationalen Interessen definieren. Mir persönlich blieb dabei oft unklar, was unsere spezifisch deutschen, nationalen Interessen sein sollen. [...]. Was im Weißbuch nun formuliert worden ist, sind im besten Sinne europäische, westlich-demokratische Interessen [...].“² Es gibt vieles, was am Weißbuch kritikwürdig ist, aber dass es Probleme mit einer klaren Interessendefinition hat, kann gerade im Vergleich mit anderen Staaten kaum überraschen.

Man kann dies ignorieren und weiter die klare Definition der „deutschen Interessen“ fordern – das außenpolitische Warten auf Godot. Oder man fragt sich, woran es liegt, dass es der Politik schwerfällt, nationale Interessen zu definieren. Dies ist eben keine deutsche Eigenart, sondern ein Charakteristikum der Außenpolitik westlich-liberaler Demokratien im 21. Jahrhundert.

Nun könnte man einwenden, dass es doch wenigstens hilfreich sei, wenn man sich über diese Interessen streite. Die Debatte anzustoßen wäre ja ein erster Schritt. Das Problem dabei ist nur, dass der Begriff der „nationalen Interessen“ dazu kaum in der Lage ist. Eher schadet die Obsession mit dem Begriff, die Teile der deutschen Debatte prägt, einer tiefgründigen und nuancierten Auseinandersetzung mit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Auch im Eröffnungsbeitrag des *WeltTrends*-Streitplatzes werden letztlich „deutsche Interessen“ als objektive Größen deklariert. Diskutiert werden soll hier eigentlich gar nicht – es geht ja darum, den Entscheidern eindeutige Kriterien an die Hand zu geben. Als Nebenbemerkung: Ist es eindeutig zu beantworten, ob der Einsatz in Afghanistan unsere „innere Sicherheit“ erhöht? Soll so die offene öffentliche Debatte aussehen? Kein Wunder, dass oft eher Partikularinteressen – beispielsweise „deutsche Interessen“ der Autoindustrie bei den Verhandlungen über CO₂-Richtlinien – gemeint sind, wenn über „deutsche Interessen“ schwadroniert wird. Egon Bahr

2 Bartels, Hans-Peter: Plenarprotokoll 16/60, 26. Oktober 2006. Deutscher Bundestag Berlin.

hat in einem Satz – wengleich wohl eher ungewollt und auf einen multilateralen Zusammenhang bezogen – zusammengefasst, warum das „nationale Interesse“ keine gute Diskussionsgrundlage ist: „Als kein Argument half, griff ich zum letzten Mittel und erklärte die Sache zum vitalen deutschen Interesse. Dagegen konnte nicht mehr diskutiert werden.“³

Ohne Frage ist es um die deutsche Außenpolitik nicht besonders gut bestellt: Mangel an Kreativität und Gestaltungskraft, bisweilen auch die Ausblendung wichtiger Entwicklungen – und das alles in einem „Konsens der Selbstzufriedenheit“⁴. Das Stichwort „Polizeiaufbau in Afghanistan“ mag hier genügen. Die Forderung, endlich „nationale Interessen“ zu definieren, ist der Formulierung und Legitimierung einer modernen Außenpolitik in einer komplexen Welt aber kaum dienlich. Weniger Gerede über nationale Interessen und mehr fundierte Debatten über eine bessere Außenpolitik: Das wäre sicherlich im deutschen Interesse. 🌐

3 Bahr, Egon: Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal. München 2003, S. 18 f.

4 Zürn, Michael: Edel, hilfreich – nicht gut. Deutschlands Außenpolitik genießt weltweit hohes Ansehen. Warum eigentlich? In: Die Zeit, Nr. 42, 12. Oktober 2006.

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Europa – Die kleine politische Bibliothek

Chaos Europa	<i>WeltTrends</i> 02
Regionen in Westeuropa	<i>WeltTrends</i> 11
Ostgrenze der EU	<i>WeltTrends</i> 22
EU-Osterweiterung	<i>WeltTrends</i> 34
Europäische Außenpolitik	<i>WeltTrends</i> 42
Europäische Arbeitspolitik	<i>WeltTrends</i> 47
Kerniges Europa; EU neu ausrichten	<i>WeltTrends</i> 50
Identität Europas; Vielfalt oder Festung?	<i>WeltTrends</i> 54
EU-Außenpolitik; Komplexität statt Kohärenz	<i>WeltTrends</i> 59
Geopolitik Ost; Barriere oder Brücke?	<i>WeltTrends</i> 63
Europäische Brüche 39 – 89 – 09	<i>WeltTrends</i> 69
Polen regiert Europa	<i>WeltTrends</i> 78

3 Hefte , ca. 450 Seiten, 15 €

Bei Kauf von 3 Heften zusätzlich eine CD mit *WeltTrends*-Publikationen über die Außen- und Innenpolitik Polens.

bestellung@welttrends.de
Einzelhefte bei amazon, Suchwort „WeltTrends“

Globale Solidarität als nationales Interesse

Ulrich Franke und Ulrich Roos

Worin bestehen die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland? Rusche u. a. plädieren für eine klare Definition und erhoffen sich so eine „neue außenpolitische Kultur“, d. h. „sachliche, öffentliche und kontroverse Debatten“ über „Grundprinzipien“ und „konkrete Entscheidungen im Einzelfall“, über die „ausenpolitischen Werte, Ziele und Interessen sowie über Strategien zu ihrer Durchsetzung“. Auf diese Weise könnten „die Qualität der Regierungsführung“ und „die Legitimität der Willensbildung in der Außenpolitik“ gestärkt werden; an die Stelle einer „politisch korrekte[n]“ und „meist zu abstrakt[en]“ Doktrin würde so zudem eine offene Debatte treten, auf deren „Grundlage (...) eine selbstständige, realistische und berechenbare – weil nicht mehr nur ad hoc definierte – Positionierung Deutschlands in multilateralen Institutionen erfolgen“ könne.

Nachfolgend zeigen wir zunächst auf, dass Rusche u. a. ihre Leser mittels der Skizzierung einer „Entscheidungsmatrix“ in die Irre führen. Ihre Vorgehensweise basiert darauf, dass die Inhalte der „nationalen Interessen“ bereits bekannt sind und nicht, wie im Titel suggeriert, zunächst noch offen debattiert werden müssen. Im zweiten Teil unserer Replik erinnern wir daran, dass die Präambel des Grundgesetzes eine andere Interpretation des nationalen Interesses vornimmt als die von Rusche u. a. nahegelegte Orientierung am nationalen Wohlstand.

Aufgrund anders gelagerter gesellschafts- und wissenschaftstheoretischer Überzeugungen halten wir den Mehrwert der von Rusche u. a. vorgeschlagenen „Entscheidungsmatrix“ für recht begrenzt. Selbst wenn wir anzuerkennen bereit wären, dass diese grobe Form des *Rational Choice*-Ansatzes zur Bestimmung vernünftiger – weil nützlicher – außenpolitischer Entscheidungen durchaus dazu in der Lage sein könnte, auch „moralische Werte“ von vornherein zu berücksichtigen und nicht bloß „in einer abschließenden Gesamtabwägung“ in die Kalkulation zu integrieren, so änderte dies nichts daran, dass aus unserer



Dr. Ulrich Franke,
geb. 1977, Fakultät für
Soziologie, Universität
Bielefeld.
ulrich.franke@uni-
bielefeld.de

Perspektive der gesamte Versuchsaufbau eine deutliche Schräglage aufweist. Das Problem besteht darin, dass die Durchführung einer solchen Kosten-Nutzen-Rechnung die Definition dessen, was „deutsche Interessen“ sind, immer schon voraussetzt. Bei der Klärung der Frage, was deutsche Interessen sind (und was demnach als Maßstab aller derart nach Kosten und Nutzen kalkulierten Entscheidungen dienen muss), können uns jedoch keine Tabellen, Grafen oder Regressionsgleichungen weiterhelfen. Dieser maßgebliche „Wert“ kann ja gerade nicht das Ergebnis einer mathematischen Berechnung sein, die ihren Anfang in ihren eigenen Resultaten nimmt; vielmehr sind „deutsche Interessen“ durch den Austausch von Argumenten, die zwangsläufig allesamt normativ bleiben müssen, immer wieder neu gesellschaftlich zu verhandeln.

Den Anspruch des Titels ihres Beitrags paradoxerweise völlig ignorierend, legen Rusche u. a. ihre Definition deutscher Interessen an keiner Stelle offen. Dies lässt den Schluss zu, dass ihr Plädoyer „Interessen offen debattieren!“ auf einer Verwechslung von Interessen mit Strategien bzw. Entscheidungen gegründet ist. Nicht über den Gehalt deutscher Interessen soll offen debattiert werden, sondern allein über die im Einzelnen zu treffenden strategischen Entscheidungen, die einem eher beiläufig definierten und gerade nicht „offen“ debattierten Interesse dienlich zu sein haben. Informiert wird dabei allenfalls darüber, welche Bereiche zur Wahrung des ökonomischen Wohlstands der Bundesrepublik Deutschland zentral sind. In Verbindung mit der Überschrift des zweiten Abschnitts („Langfristig ökonomischen Wohlstand sichern“) lässt sich daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass Rusche u. a. die Wahrung des deutschen Wohlstands zum zentralen außenpolitischen Interesse Deutschlands und somit zum Maßstab aller außenpolitischen Entscheidungen gekürt haben. Hierüber ließe sich trefflich streiten. Doch just eine solche Debatte, so hat es den Anschein, soll gar nicht erst geführt werden. Wir möchten dies dennoch tun und nehmen die anscheinend nicht allzu ernst gemeinte Einladung zu einer Debatte über deutsche Interessen, die Rusche u. a. im Titel ihres Beitrages aussprechen, dankend an. Der Diskussion vernünftiger Strategien, wie sie die jungen „IB-Enthusiasten“ führen wollen, geht diese Debatte notwendig voraus.



Dr. Ulrich Roos, geb. 1973,
Lehrstuhl für Politik-
wissenschaft, Friedens-
und Konfliktforschung,
Universität Augsburg,
ulrich.roos@phil.uni-
augsburg.de

Eine gewichtige Ergänzung der von Rusche u. a. vorgenommenen Beschreibung des außenpolitischen Interesses der Bundesrepublik, wenn nicht gar eine Alternative zum Streben nach nationalem Wohlstand, hält die Präambel des deutschen Grundgesetzes bereit:

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Wenn dieser Satz heute noch gültig ist, dann stellt sich Multilateralismus gerade nicht als eine „Flucht vor der Verantwortung“ dar, sondern ganz im Gegenteil als einzig rationale Strategie. In einer Welt, deren Bewohner auf immer vielfältigere Weise miteinander verflochten sind, stellen die Vereinten Nationen die kostbarste Errungenschaft der internationalen Gemeinschaft dar. Sie sind die beste Option, um ein friedliches und solidarisches Miteinander zu gewährleisten. Das von Rusche u. a. implizit unterstellte Primat nationaler Interessen reduziert internationale Organisationen dagegen auf die Funktion bloßer Verhandlungsforen ohne eigenständige, transnationale Wertegenda.

Die Interessen einer Nation exklusiv durch die Sicherung und Steigerung des eigenen ökonomischen Wohlstands zu definieren, empfinden wir angesichts unserer interdependenten Welt als anachronistisch. Anstatt sich hinter nationalen Interessen zu verstecken und einer Denkweise anzuhängen, welche die Bundesrepublik in ein Unternehmen verwandelt, dessen Repräsentanten ihr außenpolitisches Handeln an den Renditerwartungen von zu Anteilseignern degenerierten Bürgern ausrichtet, entspricht es dem in der Präambel des Grundgesetzes ausgedrückten Willen, dass die Außenpolitik der Bundesrepublik zurückfinden möge in die Spur einer gezielten Förderung weltweiter Solidarität und der Durchsetzung des Völkerrechts. Frieden, Wohlstand und Sicherheit durch Recht lassen sich aus unserer Sicht am besten durch eine Stärkung der Vereinten Nationen erreichen. Dabei geht es weder darum, die Welt – wieder einmal – am deutschen Wesen genesen lassen zu wollen (ein Ansatz, der mindestens zweimal mit einer globalen

Katastrophe endete und Abermillionen von Menschen das Leben kostete), noch wird gefordert, die Augen vor Legitimationsproblemen und mangelnder Effektivität der Vereinten Nationen zu verschließen. Da die Stärke Letzterer von der Bereitschaft ihrer Mitgliedstaaten abhängt, sich zu engagieren, ist klar, an welchem Hebel anzusetzen ist. Weiterhin impliziert die von uns favorisierte Relativierung der Bedeutung nationaler Interessen nicht, dass wir davon ausgehen, über kurz oder lang sei das Verschwinden des Nationalstaats oder dessen (restloses) Aufgehen in supranationale Formationen zu erwarten. Gleichwohl rechtfertigt die Überzeugung, dass der demokratische (National-)Staat ein politisches Gebilde darstellt, das sich durchaus bewährt hat, nicht die Annahme, dass eine auf die Verfolgung „nationaler Interessen“ beschränkte Außenpolitik ausreichend und angemessen wäre. Vielmehr ist eine (Außen-)Politik anzustreben, die nichts unversucht lässt, um die beiden (im Einzelfall zweifellos sehr schwer zu vereinbarenden) zentralen Ziele der Charta der Vereinten Nationen zu realisieren: das Gewaltverbot und die Einhaltung der Menschenrechte. Eine solche an weltweiter Solidarität orientierte deutsche Außenpolitik bildet zugleich die Voraussetzung dafür, um enger definierte nationale Interessen zu verfolgen. Die Sicherheit und der Wohlstand Deutschlands hängen in erster Linie von der Glaubwürdigkeit seines Bekenntnisses zu multilateralen Vereinbarungen ab, denn hieraus speist sich die wertvollste Ressource deutscher Außenpolitik: das Vertrauen seiner internationalen Partner. 🌐

Potsdamer Textbücher

PTB

E. Crome (Hrsg.): Die Babelberger Diplomatschule

Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR

Zeitzeugen analysieren die Rolle des Instituts im politischen System, beschreiben seine Strukturen und Aufgaben in Forschung und Lehre, diskutieren Leistungen und Defizite dieser außenpolitischen Institution.

PTB 12, 2009, 272 S., brosch., 14,50 €

Bestellungen unter:

**bestellung@weltrends.de oder www.weltrends.de
oder auf www.amazon.de – Suchwort „Weltrends“**

Alte These – neuer Aufguss

Alexander Brand

Das Plädoyer der Autoren aus dem Umfeld des Tönissteiner Kreises hinterlässt den geneigten Leser einigermaßen irritiert. Was nicht alles eingefordert wird: eine neue „außenpolitische Kultur“, eine offene Debatte, ein Bekenntnis zur Interessengeleitetheit der Außenpolitik sowie die klare Definition solcher nationaler Interessen und deren Durchsetzung. Die Wunschliste ist lang und bisweilen droht den Verfassern ein wenig zu entgleiten, was denn nun eigentlich aus welchem Grund einzufordern sei. Auch wenn es das augenscheinliche Kalkül des Textes ist, die angeblich nur wenig kreative und kaum zeitgemäße außenpolitische Debattenkultur und den „Konsens“ aufzumischen, so lässt sich doch fragen, ob die gebotene Argumentation näherer Betrachtung standhält.

Fragwürdig erscheint dabei sowohl die Idee einer „allzu abstrakten“ und noch dazu „politisch korrekten“ Doktrin, die den Akzeptanzrahmen außenpolitischen Handelns der Bundesrepublik bilde und gleichermaßen veraltet wie klarer Interessenformulierung abträglich sei. Ebenso wenig überzeugen Versuche, auf quasi-wissenschaftlichem Wege einen solchen authentischen bzw. objektiven Interessenkatalog herbeizuführen. Zwar werden diese Hintergrundannahmen mit ihrerseits kaum bestreitbaren (wenn auch wenig überraschenden) Zeitdiagnosen in Verbindung gebracht, insgesamt aber gelangt man zu der Einschätzung, dass der skizzierte *Strawman* – die hoffnungslose, interessenvergessene und rückwärtsgewandte außenpolitische Kultur – unbotmäßig verzerrt dargestellt wird.

So liest sich das Plädoyer wenigstens in Teilen wie ein erneuter Aufguss der These, Deutschland müsse nun aber endlich mehr eigenes außenpolitisches Profil entwickeln. Dabei stimmte die Diagnose schon damals kaum, dass die „alte“ Bundesrepublik nicht oder nur unzureichend authentischen außenpolitischen Interessen habe folgen können.¹ Selbst verengt auf die Eckpfeiler



Alexander Brand, M. A.,
geb. 1974, Lehrstuhl für
Internationale Politik,
TU Dresden.
alexander.brand@tu-
dresden.de

1 Vgl. die Diskussion der deutschen Außenwirtschaftspolitik als zentralem Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik in: Hellmann, Gunther: Deutsche Außenpolitik. VS-Verlag, Wiesbaden 2007, S. 79-96.

des sogenannten Zivilmachtkonzeptes (Zivilität und Multilateralismus) – im vorliegenden Plädoyer aufschlussreich als „politisch korrekte Doktrin“ bezeichnet – lässt sich argumentieren, dass eine ebensolche Selbstbeschränkung nicht nur oktroyiert und später sozialisiert wurde, sondern auch Interessen folgte, und zwar handfesten strategischen wie ökonomischen. Zum anderen lässt sich aufzeigen, dass für bestimmte Bereiche des außenpolitischen Zielsystems der Bundesrepublik andere Orientierungen von je her Priorität besaßen. Gerade in der Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik kommen die einschlägigen Studien zu dem Schluss, dass die BRD als klassischer Handelsstaat immer eine dezidiert interessengeleitete Außenpolitik betrieben und nicht primär altruistische oder luftige zivilisatorische Ziele verfolgt habe.²

Mehr Beachtung von Arbeiten zur politikwissenschaftlichen Außenpolitikanalyse könnte hier also helfen, um den Popanz von der nie wirklich stattgefundenen Interessenverfolgung nicht erneut aufzubauen. Dies gilt zumal, als Studien zur Außenpolitik der „neuen“ Bundesrepublik zu der Einschätzung gelangen, dass trotz genereller Kontinuität des außenpolitischen Wertesystems dennoch stetig Veränderungen im Gange sind, etwa eine multilaterale Orientierung nach wie vor dominierend ist, die Begründungsmuster für diese nunmehr aber deutlich stärker den Eigennutz solcher Handlungskoordination betonen.³ Es wäre in dieser Hinsicht also interessant zu erfahren, welchen Teil des vermeintlich wenig interessengeleiteten außenpolitischen „Konsenses“ die Autoren des Plädoyers genau kritisieren bzw. warum. Wo blockiert dieser Konsens Interessenverfolgung? Blockierte er diese jemals wirklich?

Die zweite fragwürdige Annahme des Plädoyers ist die eines „nationalen Interesses“, das im vorliegenden Entwurf objektivistisch bestimmbar erscheint. Zwar wird betont, dass Interessendefinition ein politischer Prozess sei, allein aber die Kritik am bisherigen Konsens als antiquiert und zu abstrakt deutet auf die Vorstellung hin, es gebe so etwas wie einen objektiv bestimmbar, frei von sekundären Motivationen oder äußerer

2 Vgl. Schrade, Christina: Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilstaat? Deutsche Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4 (2), 1997, S. 255-294; Freund, Corinna: German Foreign Trade Policy Within the EU and GATT. In: Rittberger, Volker (Hrsg.): German Foreign Policy Since Unification. Manchester University Press, Manchester 2001, S. 230-270.

3 Vgl. Baumann, Rainer: Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006.

Einmischung ableitbaren Interessenkatalog. Offenkundig wird diese implizite Annahme, wo im Ausgang mithilfe eines Kosten-Nutzen-Tableaus und dessen Vergegenwärtigung in Form eines Diagramms eine optimale Interessendefinition angeleitet werden soll. Dies suggeriert optisch Wissenschaftlichkeit und Exaktheit. Sinn hat ein solches Vorgehen allerdings nur, wenn man gleichzeitig annimmt, dass eine authentische Interessenbestimmung auf Basis einer annähernd gelungenen Taxonomierung von Kosten und Nutzen gemessen an einer optimalen Lösung überhaupt möglich ist. Da wandert dann der politische Prozess wieder aus dem Bild und die Wissenschaft – die Kosten und Nutzen neutral(er), objektiv(er) und korrekt(er) identifizieren kann – tritt auf den Plan. Bei der Lektüre drängt sich der Eindruck auf, hinter der Forderung, endlich eine offensivere Verfolgung klar definierter eigener Interessen in die Wege zu leiten, verberge sich eine rhetorische Struktur, mit deren Hilfe bestimmte Interessenlagen als eigentlich authentische ausgewiesen und argumentativ aufgewertet werden sollen. Wie bereits angemerkt: In der Schelte der „politisch korrekten Doktrin“ klingt dies an, in zahlreichen Verweisen auf die zukünftig noch stärker abzusichernde wirtschaftliche Wohlfahrt etwa hallt es wider.

Zudem lässt sich bezweifeln, ob die eingangs geschilderten Problemstellungen sich besser auf anderen Wegen bearbeiten ließen. Dahingehend ist zu fragen, worauf sich die Kritik der Autoren hauptsächlich richtet, da im Verlauf des Textes unterschiedliche Monita geäußert werden. „Außenpolitische Kultur“ tritt zunächst gar nicht deutlich in Erscheinung, als vielmehr eine dem „Deutschsein“ innewohnende konservativ-risikoaverse Befindlichkeit beklagt wird. Dieser gegenüber müsse mehr „Eigenverantwortung“ gewagt werden, ein Mehr an „Chancengleichheit“ anstatt Gleichmacherei. So weit, so gut, so tief in der gegenwärtigen Modernisierungsdebatte. In der Befassung mit der „politisch korrekten Doktrin“ heben die Autoren dann zunächst auch eher auf deren vermeintlichen Abstraktionsgrad ab. Die Melange aus Grundgesetz, Liberalisierung und *Global Governance* sei „meist zu abstrakt, um für die konkrete Einzelfallsituation praktikable Handlungsvorgaben zu bieten.“ Erst in der Mitte des Plädoyers werden dann aber die Karten auf den Tisch gelegt. Dem Konsens bzw. der „Doktrin“ unterliege eine Verhaltensorientierung, die einfach aus der Bonner Republik übernommen wurde.

Zweierlei bleibt dabei gänzlich offen: Wie lässt sich eigentlich die Beharrungskraft eines solchen Konsenses jenseits eines Lamentos begründen? Und ist ein solcher Konsens wirklich das zentrale Problem, das eine zielführende Bearbeitung von Globalisierungs- und anderen Phänomenen verhindert? Gegen letztere Position ließe sich einwenden, dass die eingeforderte neue Debattenkultur im Sinne einer Öffnung hin zu einer „breiten öffentlichen Diskussion“, die die (vermeintlichen) „Ad-hoc-Entscheidungen im Hinterzimmer“ ablösen soll, nicht notwendigerweise zu einer klaren Interessendefinition oder gar einer erfolgreichen Interessendurchsetzung führen muss. Um nicht missverstanden zu werden: Dies ist nicht als Forderung nach weniger gesellschaftlicher Debatte oder gar deren Beschränkung im Sinne ihrer Effektivierung zu verstehen! Aber: Wer Debatten breit gesellschaftlich öffnet, muss sich darauf einstellen – zumal angesichts der derzeit zunehmenden Binnenorientierung⁴ – auch mittelfristig entweder nicht zu einer klaren (akzeptanzbewährten) Interessendefinition zu gelangen oder Gesten der Re-Nationalisierung zu provozieren, die gerade im Hinblick auf Globalisierung, Klimawandel etc. wenig zielführend sein dürften.

Kurzum: Was zu welchem Zweck eingefordert wird, ob die gebotenen Lösungen passfähig für die ausgemachten Probleme sind und welchen Mehrwert eine Abkehr von der „politisch korrekten Doktrin“ nun bietet, dies alles bleibt nach der Lektüre weitgehend offen oder fragwürdig. Nicht der beste Start für ein Plädoyer, möchte man meinen. 🌐

4 Vgl. die Diskussion in: Brand, Alexander u. a.: Einleitung. In: Brand, Alexander / Niemann, Arne (Hrsg.): Interessen und Handlungsspielräume in der deutschen und europäischen Außenpolitik. TUDpress, Dresden 2007, S. 9-40, v. a. S. 9-14.

Außenpolitisches Selbstverständnis

Benjamin Zyla

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen einer der zentralen Eckpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Bisher war jede Bundesregierung seit Adenauer um Freundschaft zu den Vereinigten Staaten bemüht. Eingewoben in ein dicht gesponnenes Netz aus transatlantischen Bündnispartnern (NATO), europäischen Freunden sowie engen Außenwirtschaftsbeziehungen bewegten sich deutsche Außenpolitiker durch die Untiefen transatlantischer und internationaler Politik dicht an der Seite eben dieser Verbündeter. Dies war der Garant, wie das Plädoyer des Tönissteiner Kreises richtig dargestellt hat, für Sicherheit, Planbarkeit und Kontinuität. Mit dem Erreichen der vollen Souveränität der BRD gilt es diese jedoch zu gestalten. Das Modell eines deutschen Unilateralismus ist jedoch völlig undenkbar in der Berliner Republik.

Nach der „Bush-Doktrin“ brauchen die USA unter der neuen Obama-Regierung die Unterstützung der Europäer mehr denn je. Bei genau dieser Erneuerung der transatlantischen Brücke spielt Deutschland aufgrund seiner politischen, ökonomischen, und geografischen Prädispositionen inmitten von Europa eine zentrale und gewichtige Rolle. Es trägt damit ein gehöriges Stück Verantwortung für eine erfolgreiche Zukunft der transatlantischen Allianz sowie der Europäischen Union. Diese neue Identität und das damit einhergehende neue Rollenverständnis der Bundesrepublik – sozusagen als Schlüsselfigur (*Linchpin*) des transatlantischen Bündnisses – erlaubt es den Deutschen nicht nur, zwischen den USA und den Europäern zu vermitteln, sondern auch, Einfluss auf die Gestaltung der europäischen und transatlantischen Politik zu nehmen. Dabei bedarf es extremer politischer Geschicklichkeit, Gewandtheit in den Künsten der Diplomatie sowie explizitem Verständnis von nationalen Interessen und Werten. Anders ausgedrückt geht es um zweierlei: erstens um *Soft Power* und zweitens darum, die neue Identität der Bundesrepublik in den kommenden Jahren gezielt und überlegt bei der Lösung anstehender transatlantischer Probleme einzubringen. Dieses neue Selbstverständnis würde nicht nur Deutschlands



Benjamin Zyla, Ph. D.,
geb. 1977, Center for
International Relations,
Queen's University,
Kingston, Kanada.
ben.zyla@queensu.ca

Rolle innerhalb der NATO weiter stärken, sondern sich auch positiv auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen niederschlagen. Der Respekt anderer Bündnispartner vor Deutschland als verlässlichem und verantwortungsvollem Partner würde damit gestärkt. Es sei jedoch ausdrücklich gesagt, dass es bei dieser neuen Identität Deutschlands nicht darum geht, hegemoniale Ambitionen in Europa oder der Welt geltend zu machen.

Bei drei zentralen Themen, die seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sowohl transatlantische als auch paneuropäische Divergenzen hervorgerufen haben, kann die Bundesrepublik ihre Rolle als *Linchpin* unter Beweis stellen: Afghanistan, das neue strategische Konzept der NATO und Russland.

1. Afghanistan: Die Sorgenfalten der Verbündeten sind tief, da dem Land am Hindukusch mehr denn je ein blutiger Bürgerkrieg droht. Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2009 unterstrichen diese Unsicherheiten und ein Scheitern der NATO in Afghanistan ist nicht mehr auszuschließen. Bei aller Kritik an der Allianz und ihrer neuen Militärstrategie gilt es zu bedenken, dass ein Scheitern der USA in Afghanistan und im Irak in keinem Falle im Interesse Deutschlands und Europas liegt. Sie wären dann nämlich gefragt, das US-amerikanische Erbe in Asien zu schultern und mehr Truppen sowie Ausrüstung nach Afghanistan zu schicken. Ein höherer Blutzoll der Europäer wäre ebenso wahrscheinlich wie der Verlust der Zustimmung innerhalb der Bevölkerung. Daher haben die Europäer und Deutschland im Besonderen als drittgrößter Truppensteller ein ernsthaftes Interesse daran, ein solches Scheitern der USA und damit der NATO abzuwenden. Gleichzeitig sollten sie aber mehr dafür Sorge tragen, dass die europäische Handschrift im Bereich des zivilen Aufbaus deutlicher wird.
2. Neues strategisches Konzept der NATO: Der globale Terrorismus ist einer der zentralen Streitpunkte in den Verhandlungen um die neue Strategie der NATO. Es wird die Europäer viel diplomatisches Kapital kosten, die Amerikaner langfristig von den europäischen Methoden der Terrorismusbekämpfung zu überzeugen. Gerade hier könnte die Bundesrepublik ihre Rolle als transatlantischer Gesprächspartner unter Beweis stellen, speziell mit Hinblick auf ihre Erfahrungen mit

terroristischen Vereinigungen in den 70er Jahren sowie ihrer Denkart, den Terrorismus primär als eine Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden und eben nicht des Militärs zu betrachten.

In der Forschung wird das Phänomen Terrorismus entweder als militärischer Akt, eine kriminelle Aktivität oder eine interne gesellschaftliche Anomalie betrachtet. Ausgehend von dieser Kategorisierung ergeben sich drei unterschiedliche Handlungsszenarien für die Praxis. Erstens: Versteht man Terrorbekämpfung als eine militärische Aktivität ergibt sich daraus ein militärischer Aktionismus. Streitkräfte werden losgeschickt, um Terroristen zu töten. Aus genau dieser Betrachtungsweise resultierte auch die Strategie des *War against Terror* der Amerikaner. Zweitens: Betrachtet man den Terrorismus als eine kriminelle Aktivität ergibt sich daraus die Annahme, dass sich Kriminalität in einer Gesellschaft nie ganz auslöschen und nur mit Polizeiarbeit eindämmen bzw. zurückdrängen lässt. Drittens: Wenn Terroristen als eine „Krankheit“ der Gesellschaft angesehen werden, fragt man hauptsächlich nach den Ursachen dieser Krankheit. Daraus kann sich ein unterschiedliches Verständnis davon entwickeln, wie man mit dieser Bedrohung umzugehen hat. Die Europäer, glaubt man ihrer Sicherheitsstrategie von 2003, sehen den Terrorismus mehr als ein polizeiliches oder „medizinisches“ denn als ein militärisches Problem an.

3. Russland: Russlands Bedeutung ergibt sich auch aus seiner wirtschaftlichen Stellung als Hauptenergielieferant für Westeuropa. Deutschland bezieht circa 46 Prozent seines Erdgases sowie circa 36 Prozent des Erdölbedarfs aus Russland, wodurch Moskau aufgrund des hohen Ölpreises bis vor zwei Jahren eine Menge Geld verdient hat. Genau in diesem monetären Verdienst liegt aber auch Russlands Problem. Der Fall des Rohölpreises hat dazu geführt, dass weniger Geld in die staatlichen Kassen geflossen ist. Politisch gesehen braucht Russland daher den Westen, auch um seine maroden Förder- und Transportwege durch ausländische Investitionen zu erneuern. Neue Gas- und Ölfelder wollen ebenfalls erschlossen werden. Diplomatisch hat der Georgienkrieg 2008 das Verhältnis zwischen den USA und Russland stark belastet. Russland, so wird spekuliert, will wieder als weltpolitische Macht ernst genommen werden und lässt seine Muskeln im

Kaukasus spielen, was in den westlichen Regierungszentralen für Unmut sorgt. Was allerdings übersehen wird, sind strukturelle Kräfte, die Russland und die USA als Vetomächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aneinanderbinden, gerade in weltpolitischen Fragen wie beispielsweise der Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. In vielen Fragen brauchen die NATO, die USA die Unterstützung Russlands, zumindest indirekt. Da die deutsche Exekutive ein freundschaftliches Verhältnis mit den amtierenden Machthabern im Kreml pflegt, könnte Berlin diese internen Kommunikationskanäle mit Moskau nutzen, um Konflikte mit den US-Amerikanern sowie Europäern zu entschärfen.

Trotz aller Schwierigkeiten in den transatlantischen Beziehungen ist es unter keinen Umständen im Interesse Deutschlands, die USA weiter zu isolieren. Denn auch Deutschland profitiert von der US-amerikanischen Stellung als weltpolitische Supermacht, die ihr in anderen sicherheitspolitischen Fragen den Rücken freihält. Im Gegenzug kann Deutschland basierend auf seiner neuen Identität eine Moderatorenfunktion übernehmen und dabei helfen, die transatlantischen Divergenzen zu überwinden. Deutschland braucht nämlich die Kooperation mit den Amerikanern, um als verantwortungsvoller, souveräner und geopolitischer Akteur in der Welt ernst genommen zu werden. Dabei steht nichts weniger auf dem Spiel als Deutschlands Reputation und Ansehen. Deutschland hat sich bei weltpolitischen Fragen weit aus dem Fenster gelehnt; jetzt gilt es, auch Ergebnisse zu liefern. 🌐

Welt **Trends** Zeitschrift für internationale Politik

Deutsche Außenpolitik – Die kleine politische Bibliothek

Eliten und Außenpolitik; Ausbildung und Qualifikation	WT 28
Großmächtiges Deutschland; selbstbeschränkter Realismus	WT 43
Deutsche Ostpolitik; Rot-Grüne Außenpolitik	WT 52
Geopolitik Ost, Dreieck Deutschland-Polen-Russland	WT 63
Deutsche Außenpolitik in Schwarz-Rot; Bilanz	WT 67

pro Heft, ca. 150 Seiten, 5€

Beim Kauf von 2 Heften zusätzlich eine kostenlose CD mit WT-Publikationen über die Außen- und Innenpolitik Polens der letzten 20 Jahre.

bestellung@welttrends.de und natürlich die Einzelhefte bei **amazon**

Zuerst die Interessen und dann die Moral?

Benjamin Herborth und Daniel Jacobi

In nur einem Punkt ist den Verfassern der Tönisteiner Erklärung zuzustimmen: Die öffentliche Auseinandersetzung mit außenpolitischen Themen, von Grundsatz- bis zu Einzelfragen, lässt so deutlich zu wünschen übrig, dass man selbst dann ins Staunen geraten könnte, wenn man sich auf die in der Demokratieforschung festgestellte Umstellung von Volkssouveränität auf Massenloyalität resignativ einlassen wollte.

Der „umgangssprachliche Krieg“ in Afghanistan (Guttenberg) wurde lange genug als robuster Fall von Entwicklungspolitik bagatellisiert. Heute springt er umso deutlicher denjenigen ins Gesicht, die das böse Wort in einem Verständnis von historischer Sensibilität, das falscher nicht sein könnte, gemieden haben wie Wahlkämpfer die inhaltliche Festlegung. Es gibt also gute Gründe zu streiten.

Den Lösungsvorschlag der Tönisteiner durchzieht ein kapitaler Widerspruch zwischen der Forderung nach offener Auseinandersetzung und dogmatischer Abschließung ebendieser Auseinandersetzung mithilfe der altbekannt apodiktischen Floskel des „nationalen Interesses“. An die Stelle einer offenen Konfrontation zwischen Position und Opposition setzen die Verfasser der Erklärung eine dogmatisch eng geführte Problembeschreibung, die als Diskussionsbeitrag nur zulassen kann, was sich auf die voraussetzungsvollen Prämissen nationaler Interessendefinition bereits eingelassen hat. Auf diese Weise sägen sie sich den vermeintlich reflexiven Ast ab, auf dem sie sitzen.

Die Gründe für das mit Recht bemängelte, aber falsch charakterisierte Demokratiedefizit sind vielfältig: Sie liegen bei den verantwortlichen Entscheidungsträgern ebenso wie bei der Öffentlichkeit selbst, die sich ja nur bilden kann, wenn die Rechtfertigungspflichten der Exekutive aktiv angemahnt werden. Sie liegen aber auch bei Experten und Intellektuellen, bei der meist selbst ernannten außenpolitischen Elite, die sich in Kommentarspalten und auf Streitplätzen bemüht, Argumente für und wider die konkurrierenden Positionen beizubringen.



Benjamin Herborth, M. A.,
geb. 1978, derzeit Fellow
am American Institute for
Contemporary German
Studies, Washington D. C.
herborth@soz.uni-
frankfurt.de

Da dieser Streitplatz wesentlich von akademischen „IB-Enthusiasten“ bespielt werden soll, wollen wir uns auf die letzte Dimension konzentrieren, denn uns scheint, dass die Tönisteiner selbst Teil des Problems sind, das sie zu beschreiben versuchen. Welche blinden Flecken ergeben sich aus dem Reflexivitätsdefizit der Tönisteiner? Worin liegen die Vorteile seiner Überwindung?

Die Logik der Macht und die Macht der Logik

Aus dem Blickwinkel dieser Fragen müssen die Fehlschlüsse der Tönisteiner überraschen. Denn das Autorenkollektiv baut nicht auf theoretisch fundierte Argumente, sondern auf einen logischen Absolutismus, der gesellschaftstheoretisch wie normativ in die Sackgasse führt. Mit der präreflexiven Nebelkerze der „deutschen Interessen“ in der Hand handeln die Tönisteiner so jeglicher außenpolitischen Praxis drei auch demokratietheoretisch bedenkliche blinde Flecken ein:

Erstens die fehlende, aber grundlegend wichtige Unterscheidung zwischen Zielen, die lediglich einen selbst und solchen, die auch andere Akteure involvieren. Ohne diese Unterscheidung lassen sich *die Anderen* nur noch als Mittel zum Zweck in *Bargaining*-Prozessen denken. Zweitens übersieht die avisierte „Entscheidungsmatrix“ den grundlegenden Unterschied zwischen Optimierungsproblemen, die sich eindeutig kalkulieren lassen, und politischen Streitfragen, in denen die Kalkulationsmaßstäbe selbst hinsichtlich ihrer praktischen Folgen und normativen Bindungen umstritten sind. Drittens folgt aus der methodischen Fixierung auf Optimalitätskalküle praktisch folgenreich die Einebnung gesellschaftlicher Pluralität. Der Rahmen nationaler Interessen, innerhalb dessen gestritten werden soll, wird zum unhintergehbaren Ausgangs- und Fluchtpunkt außenpolitischer Entscheidung, der selbst nicht mehr kritisierbar ist. Die „deutschen Interessen“ werden zum Ziel ihrer selbst.

Folglich stimmt nicht erst die Unterbestimmtheit der „deutschen Interessen“ nachdenklich, sondern vielmehr die Logik, der auch dieser Begriff aufsitzt. Denn diese ist eine „Logik des Absoluten“¹, die, sobald sie einmal ihre Ursprungsprämissen gesetzt hat, deren Entstehungsbedingungen, Grenzen



Daniel Jacobi, M. A.,
geb. 1975, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Goethe Universität Frankfurt.
jacobi@soz.uni-frankfurt.de

1 Dux, Günter: Historisch-Genetische Theorie der Kultur. Weilerswist, Velbrück 2000, S. 115-148.

und Überwindungschancen nicht mehr beobachten kann. Logische Absolutisten sehen nicht, was sie nicht sehen, so wie die Tönissteiner nicht sehen, was sie nicht sehen, wenn sie das nationale Interesse als vermeintlich selbstverständlichen Ursprung außenpolitischen Handelns bestimmen.

Auf diese Weise wird es dann auch möglich, Interessen und Moral in einen künstlichen Gegensatz zu bringen, aus dem normative Fragen als realpolitischen nachgeordnet erscheinen. Moral wäre dann ein Luxus, den man sich im harten Alltagsgeschäft außenpolitischer Interessenskalkulation kaum leisten könnte. Worüber streiten wir aber, wenn nicht darüber, welche Außenpolitik sein soll? Wer das komplexe Geflecht von Macht, Interessen und Moral nicht mitdenkt, stellt sich allzu leicht in den Dienst der Macht. Denn nur wer die größere Definitivonsmacht hat, hat auch recht. Wer sie nicht hat, weiß, dass er Macht braucht, um im Recht sein.

Konturen einer reflexiven Außenpolitikdebatte

Der Luxus, selbst nicht in Entscheidungsverantwortung zu stehen, versetzt Experten, Intellektuelle und Wissenschaftler gleichermaßen in die Lage, praxisentlastet, kontrafaktisch und gedankenexperimentell alternative Möglichkeiten zu sondieren. Die Tönissteiner bemühen ebenfalls ein scheinbar Pluralität und insbesondere nationalökonomischem Fortschritt zugewandtes Vokabular. Die Ursprungslogik des nationalen Interesses drängt sie jedoch in einen mit realpolitischer Attitüde geführten „Krieg ohne Pulver und Dampf“, der lediglich in leerem Pathos und expertokratischer Anmaßung enden kann.

Wer an einer offenen und demokratischen Auseinandersetzung über außenpolitische Fragen ernsthaft interessiert ist, braucht zunächst einen demokratischen Begriff von Politik, der in der Lage ist, grundlegend konkurrierende Auffassungen überhaupt zuzulassen. Ein demokratischer Begriff von Politik muss sich nicht nur die Beschwörung nationaler Interessen versagen, die nur die Frage vermeidet, ob und wie Nationen überhaupt Interessen haben können. Er muss auch in der Lage sein, die Rolle von Experten und ihren Interventionen innerhalb einer zum Beispiel außenpolitischen Debatte so zu bestimmen, dass

nicht am Ende die Experten qua Expertise bestimmen, wie der demokratische Souverän über sich selbst zu bestimmen hat. Erst dann wird es möglich, Expertise als *ein* gewichtiges reflexives Element kreativer Demokratie zu begreifen. Sie kann dabei helfen, sowohl (außen-)politischen Institutionen als auch der Öffentlichkeit Möglichkeitshorizonte aufzuzeigen, unter denen weltpolitischer Kontingenz fruchtbar und auf eine gegenüber allen Betroffenen vertretbare Weise begegnet werden kann. Und sie kann all das besonders erfolgreich tun, wenn sie sich selbst gelegentlich daran erinnert, dass bereits in der Rolle des Experten die Gefahr unreflektierter Praxisbevormundung angelegt ist.

Die Schwierigkeit für demokratisch reflexive Experten liegt darin, dass sie sich im Lichte öffentlicher Nachfragen nach Weltdeutern, Sinnstiftern und Autoritäten sonstiger Art wenn auch nicht selbst dementieren, so doch ironisieren müssen. Denn ihre Funktion als Katalysatoren offener Prozesse demokratischer Selbstbestimmung können sie nur dort wahrnehmen, wo sie deutlich machen, dass ihre Stimme letztlich auch nicht mehr zählt als jede andere. Durchsetzen können sich Experten nur im Medium der Argumentation. Unterhalb dieser Mindestanforderungen ist eine Stärkung außenpolitischer Öffentlichkeit nicht zu haben.

Anstatt rhetorisch die Hacken zusammenzuschlagen und sich in vorauseilendem Gehorsam derjenigen Systemrationalität anzupassen, die man wesentlich selbst in die Welt gesetzt hat, könnte es helfen, auch dort, wo es um praktische Fragen geht, Entwicklung und aktuellen Stand der theoretischen Diskussion nicht völlig aus den Augen zu verlieren. Dort wird der Begriff des nationalen Interesses seit Langem nicht mehr als selbstverständliche Grundlage außenpolitischen Handelns, sondern vielmehr unter dem Aspekt der performativen Folgen seiner Verwendung diskutiert². Man darf sich also nicht wundern, wenn man empirisch Eliten in genau den Hinterzimmern findet, in die man sie vorher selbst theoretisch eingesperrt hat. 🌐

2 Vgl. Guzzini, Stefano: The Enduring Dilemmas of Realism in International Relations. In: European Journal of International Relations 10 (4), 2004, S. 533–568.

Mehr Debatte wagen!

Deutsche Sicherheitspolitik und Öffentlichkeit

Robert Schütte und Rana Deep Islam

Beinahe täglich berichten die Medien über Kampfhandlungen der Bundeswehr in Afghanistan. Immer öfter werden hierbei deutsche Soldaten, Taliban oder gar unbeteiligte Zivilisten getötet. Umfragen zeigen dementsprechend, dass eine erhebliche Mehrheit der Bundesbürger das Militäringagement in Afghanistan mittlerweile ablehnt. Dieser öffentliche Unmut bleibt nicht ohne Wirkung. Auch Politik und Journalismus diskutieren Exitstrategien und mögliche Abzugstermine der Bundeswehr aus Afghanistan. Vor diesem Hintergrund wird offenbar, wie schnell politische Dogmen in sich zusammenbrechen. „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ war das gestrige Mantra. Heute scheint zu gelten: „Raus aus Afghanistan“.

Es steht außer Frage, dass der Bundeswehreinsatz am Hindukusch nicht auf Dauer gegen die explizite Ablehnung der deutschen Öffentlichkeit zu führen ist. Sowohl für die Regierungskoalition als auch für die parlamentarische Opposition gilt daher: Wer gewählt werden möchte, wird die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung ernst nehmen müssen. Dennoch stellt sich unweigerlich die Frage: Warum wird die Debatte um das Für und Wider des deutschen Afghanistaneinsatzes erst jetzt so intensiv geführt? Erscheint es nicht paradox, heute eine Diskussion in den Mittelpunkt des öffentlichen Bewusstseins zu stellen, die eigentlich bereits vor vielen Jahren hätte geführt werden müssen? Die vergangenen zehn Jahre, die das Afghanistanengagement mittlerweile währt, haben genügend Zeit gelassen, der deutschen Öffentlichkeit reinen Wein einzuschenken und klipp und klar die Fallstricke eines solchen Einsatzes zu benennen. Stattdessen herrschte konsequentes Schweigen oder Beschönigen. Erinnert sei an dieser Stelle an die Beharrlichkeit, mit der die ehemaligen Regierungspartner CDU/CSU und SPD versuchten, den Einsatz in Afghanistan unter keinen Umständen als Krieg zu bezeichnen und das Thema am besten ganz aus ihren Wahlkämpfen im Jahre 2009 herauszuhalten. Diese Verdrängungsstrategie ist demoskopisch und politisch gescheitert.



Robert Schütte, M. A.,
geb. 1980, Vorsitzender
von Genocide Alert,
Doktorand an der Univer-
sität zu Köln.
robert.schuette@
genocide-alert.de

Wo liegt also der außenpolitische Hase im Pfeffer? Einerseits sind außenpolitische Diskussionen weitestgehend auf Zirkel mit hoher Expertendichte im Bundestag und in Ministerien beschränkt. Auf diese Weise werden außenpolitische Entscheidungen in unzureichendem Maße einer öffentlichen und kritischen Diskussion unterworfen. Andererseits sind die deutschen Volksparteien nur sehr eingeschränkt zu ergebnisoffenen Diskussionen bereit und werden so ihrer meinungsbildenden Funktion nicht immer voll gerecht. Ein Mangel an demokratischer Kontrolle und Legitimation ist die Folge.

Zivilgesellschaftliche Teilhabe fördern

Eine Öffnung der sicherheitspolitischen Streitkultur würde Deutschland gut tun, um öffentliche und demokratische Teilhabe dauerhaft zu generieren. Ein Blick über den Tellerrand erscheint sinnvoll. Der US-amerikanische Diskurs in Sachen Sicherheitspolitik weist demokratische Beteiligungsmechanismen auf, die für die Situation hierzulande von Nutzen sein könnten. Dazu gehört die gängige Praxis der *Revolving Doors*. Wissenschaftliche Einrichtungen und sogenannte Denkfabriken geben amerikanischen Außenpolitikern in Oppositionszeiten die Möglichkeit, diejenigen Konzepte zu erarbeiten, die es zurück in der Regierungsverantwortung umzusetzen gilt. Hierbei handelt es sich keineswegs um ausschließlich der Wissenschaft verschriebene Einrichtungen. Vielmehr verfolgen viele dieser Denkfabriken eine offen formulierte politische Agenda, deren Ziel es ist, eine erneute Amtsübernahme konzeptionell vorzubereiten.

Der amerikanische Diskurs beschränkt sich nicht bloß auf Politiker, Verwaltungsbeamte und Wissenschaftler. Ganz im Gegenteil hat sich in einigen US-amerikanischen Metropolen eine offene und bunte außen- und sicherheitspolitische Szene etabliert, vornehmlich in Washington, D.C., New York und Boston. Zahlreiche Tagungen, Konferenzen, Podiumsdiskussionen etc. bieten ein Forum für eine Vielfalt von gesellschaftlichen Interessenvertretern, Fachexperten, Nichtregierungsorganisationen, Militärs, Unternehmern, Studierenden, Stiftungen oder Handelsvertretern. Zahlreiche weitere Akteure bereichern die amerikanische Sicherheitsdebatte und



Rana Deep Islam, MA,
geb. 1982, Doktorand
Universität Nürnberg-
Erlangen.
rdislam@gmail.com

ergeben in der Summe ein Meinungsspektrum, das nicht von unerheblicher Bedeutung für die Artikulation amerikanischer Sicherheitspolitik ist. Gewiss, eine solch pluralistische Debatte-
tenkultur ist nicht unkritisch zu betrachten. Der britische Historiker Timothy Garton Ash monierte zurecht, dass auf dem überfüllten Markt der politischen Ideen nur derjenige gehört wird, der am lautesten schreit. In der Welt der Politik heißt dies oftmals, die Dinge zu vereinfachen. Bezeichnenderweise waren die großen Leitgedanken, welche den politischen Diskurs der jüngsten Vergangenheit im euroatlantischen Raum maßgeblich geprägt haben, amerikanische Ideen, denen es gemein war, komplexe Zusammenhänge pointiert zu formulieren: „Das Ende der Geschichte“ von Francis Fukuyama oder „Der Kampf der Kulturen“ von Samuel Huntington sind Beispiele für eine Darstellung internationaler Zusammenhänge, die ihre Popularität wohl auch ihrer Prägnanz und Einfachheit zu verdanken haben. Dennoch bleibt unter dem Strich übrig, dass Außenpolitik in den USA nicht bloß auf den parlamentarischen und regierungsinternen Diskurs beschränkt bleibt. Politik, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Vertreter stehen in einem engen Beziehungskontext. Dies gewährleistet, dass internationale und sicherheitsrelevante Fragen stets einen Bestandteil der öffentlichen Debatte bilden. Auch deutsche Entscheidungsträger sollten solchen politischen Netzwerken und Diskussionsforen in Zukunft einen höheren Stellenwert gewähren und die Einmischung dieser nicht parlamentarischen Einrichtungen in die sicherheitspolitische Debatte mehr als Katalysator denn als verzichtbare Hürde eines demokratischen Entscheidungsfindungsprozesses betrachten. Dazu zählt zum Beispiel auch, die Arbeit außenpolitischer Denkfabriken zu fördern und die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um von außen heranzugewonnene internationale Expertise sicherzustellen.

Öffentlichkeit von unten

So sehr der politische Rückenwind für den Ausbau einer sicherheitspolitischen Szene zu wünschen ist, so steht doch außer Frage, dass es sich dabei vor allen Dingen um einen Elitendiskurs handeln würde. Bereits terminologisch wird deutlich, dass einer *Szene* immer auch der Makel der Exklusivität anhaftet. Fest steht aber, dass neben der diskursiven Einbindung

gesellschaftlicher Interessenvertreter auch die Beteiligung der Gesellschaft in ihrer Gänze Ziel einer neu gedachten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sein sollte. Gerade den politischen Parteien kommt hierbei eine außerordentliche Wichtigkeit zu, bieten sie doch die Möglichkeit, Menschen nicht nur zu informieren, sondern sie gleichzeitig auch aktiv in den Diskussionsprozess einzubinden.

Sowohl die CDU/CSU als auch die SPD schienen lange Zeit kein merkliches Interesse daran zu haben, entsprechende Diskussionen auch außerhalb ihrer Bundesparteivorstände zu führen. Bei den Christdemokraten stellt sich ohnehin die Frage, inwieweit ein innerparteilicher Gesprächsbedarf überhaupt vorhanden ist, treffen doch Entscheidungen über Auslandseinsätze der Bundeswehr generell auf einen recht breiten politischen Konsens. Selbst zu Zeiten der sogenannten Irakkrise der Jahre 2002/03, als sich auch in Deutschland eine Welle der öffentlichen Empörung gegen die amerikanischen Kriegspläne breitmachte, schien die Basis der CDU/CSU die Haltung ihrer Parteiführung mitzutragen, die eine deutsche Beteiligung an der Intervention nicht ausschloss. Und auch in der Diskussion um Zustimmung und Teilnahme an der Libyen-Intervention im Frühjahr 2011 waren in der CDU/CSU kaum kritische Stimmen zu hören, als Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle eine Enthaltung im UN-Sicherheitsrat verfügten. Dennoch muss die Union als Volkspartei ein Interesse daran haben, ein breiteres Meinungsspektrum abzubilden. Die Befassung von Parteitag und Regionalkonferenzen mit Fragen der aktuellen Afghanistanpolitik wäre ein erster Schritt, um die Teilhabe der eigenen Mitglieder zu ermöglichen.

Diffiziler gestaltet sich die Lage bei den Sozialdemokraten, die sich gerne im Lichte ihres Nobelpreisträgers Willy Brandt als Friedenspartei definieren. Dementsprechend war das innerparteiliche Murren groß, als sich in den vergangenen Jahren verstärkt abzeichnete, dass deutsche Soldaten am Hindukusch nicht bloß Wiederaufbau in Uniform leisten, sondern auch zur Waffe greifen müssen. Nach der wahlpolitischen Stunde Null des Jahres 2009 rief das Parteivolk dementsprechend nicht nur nach einer Revision der Agendareformen. Auch die bisherige Haltung der Sozialdemokraten in Sachen Afghanistan

stand auf dem Prüfstand. Die SPD-Führung scheint nunmehr willens, der Basta-Politik der Vergangenheit eine neue Diskussionskultur entgegenzusetzen, Afghanistan mit eingeschlossen. Hierzu sollen grundlegende Entscheidungen im Vorfeld diskutiert und Positionen der Basis mit einbezogen werden. Es bleibt aber abzuwarten, ob Initiativen zur stärkeren Einbindung der Parteibasis von nachhaltiger Natur sein werden oder lediglich den jeweiligen Redebedarf bedienen sollen.

Feststeht: Eine dauerhafte Auseinandersetzung mit deutscher Sicherheitspolitik kann sich nicht nur auf das Thema Afghanistan beschränken. Die Bundeswehr ist weltweit an zahlreichen Orten im Einsatz, sei es auf dem Balkan, am Horn von Afrika oder im Libanon. Keiner dieser Einsätze ist ungefährlich und keiner dieser Einsätze sollte unkritisch abgenickt werden. Die großen Parteien wären daher gut beraten, ihre außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung verstärkt dem kritischen Blick ihrer Mitglieder auszusetzen und sich auf diese Weise einem verstärkten Begründungsdruck auszusetzen. In Anbetracht einer komplexen sicherheitspolitischen Bedrohungslage wird der nächste Auslandseinsatz der Bundeswehr unweigerlich kommen. Der Fall Afghanistan hat uns hierbei eines vor Augen geführt: Das Weglaufen vor schwierigen Diskussionen und notwendiger Überzeugungsarbeit führt zu größeren, nicht geringeren Problemen. 🌐

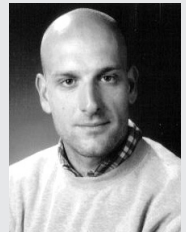
Wiederkehr des Immergleichen

Ulrich Schuster

Der Ausgangstext der WeltTrends-Debatte über die deutsche Außenpolitik ist mit einem Imperativ betitelt: „Deutsche Interessen offen diskutieren!“. Diese Aufforderung des Tönissteiner Kreises ist der Kontrapunkt zu einer Problembeschreibung, nach der in Deutschland kaum öffentlich und kontrovers über die nationalen Interessen gestritten würde. Stattdessen definiere ein kleiner Kreis von Entscheidungsträgern die Ziele der Außenpolitik im Hinterzimmer. Stimmt diese Diagnose mit der Wirklichkeit überein? Nein! Seit Anfang der 1990er Jahre ertönte hierzulande immer wieder der Ruf nach einer deutlicheren Artikulation nationaler Interessen. Dabei gehörte der in der alten Bundesrepublik weniger gebräuchliche Begriff schon kurz nach der deutschen Wiedervereinigung zum normalen sprachlichen Inventar der Politik und ihrer akademischen Beratung. Im Besitz vollständiger Souveränität und angesichts der neuen Weltordnung verschwanden bei deutschen Politikerinnen und Politikern schnell die negativen Assoziationen, die die Rede von den nationalen Interessen einstmals ausgelöst hatten. Was blieb, waren Appelle, dass die Interessendefinition noch lauter, mit noch mehr Nachdruck geschehen müsse.

Fremdbestimmung oder nationale Eigeninteressen?

Die Tönissteiner reihen sich hier ein. In ihrem Text erscheinen die Auslandseinsätze der Bundeswehr exemplarisch für eine Außenpolitik jenseits transparenter Interessendefinition. Deutsche Soldaten führen Krieg am Hindukusch, weil die außenpolitische Handlungselite von Außenerwartungen getrieben werde. Ohne Zweifel spielt die Orientierung an den Wünschen der NATO-Partner für die hiesige politische Elite eine Rolle. Vor allem deshalb, weil die Allianz der deutschen Außenpolitik eine Reihe von Vorteilen bringt. Mit ihrer Hilfe überbrückt Deutschland seine militärische Fähigkeitslücke, verfügt über ein Medium globaler Interessenprojektion und schafft es gleichzeitig, osteuropäische Ängste vor einem neuen deutschen Imperialismus zu relativieren. Schon das



Ulrich Schuster, M. A.,
geb. 1974, Research
Academy Leipzig.
ulischuster@gmx.de

zeigt: Bündnisverpflichtungen sind nicht gleichbedeutend mit nationalem Altruismus. Im Gegenteil! Die auch nach 1990 fortbestehende multilaterale Orientierung wurde zunehmend mit der Wahrnehmung nationaler Eigeninteressen begründet¹, so auch in der Debatte über den Afghanistankrieg. Als der Bundestag kurz nach den Anschlägen von 9/11 über die Hilfe für die USA im Rahmen des NATO-Bündnisfalls diskutierte, ging es an erster Stelle um die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Angesichts einer interdependenten und vor allem zwischen den westlichen Staaten hoch integrierten Ökonomie ist das bis heute für den Globalisierungsgewinner Deutschland ein originäres Interesse. Die hiesige politische Elite muss jedenfalls nicht von außen gezwungen werden, um die Notwendigkeit einer weltpolizeilichen Kontrolle transnationaler Wertschöpfungsketten einzusehen. Darüber hinaus empfand ein einflussreicher Teil der Berliner Politik den internationalen Schockmoment nach den Terroranschlägen als Chance, um Deutschland als globalen Ordnungsfaktor ins Spiel zu bringen. Regierung und Opposition, in persona Kanzler Schröder und die Oppositionsführerin Merkel, formulierten damals eindeutig den Anspruch Deutschlands auf eine führende Rolle in der Weltpolitik.² Auch spricht gegen die These einer Afghanistan-Zwangsverpflichtung der Deutschen durch USA und NATO, dass bis auf die Ausnahme der Partei DIE LINKE die Mehrzahl der parlamentarischen Entscheidungsträger das Mitwirken der Bundeswehr am Anti-Terror-Kampf als taktische Maßnahmen zur stärkeren Beeinflussung der US-amerikanischen Außenpolitik begrüßten.

Das Beispiel Afghanistan taugt ebenso wenig wie jedes andere Themenfeld der deutschen Außenpolitik als Beleg einer mangelnden Interessendefinition. Woher rührt dann aber das Bewusstsein, welches in aller Regelmäßigkeit entsprechende Defizite aufzudecken gedenkt? Es ist Ausdruck der vorherrschenden Identifikation mit der nationalstaatlich zentrierten Weltpolitik. Der Wettbewerb der Standorte, der Kampf um Einfluss und Handlungsspielräume erzeugt in allen Staaten automatisch die Angst vor dem zu kurz kommen. Daraus

1 Vgl. Baumann, Rainer: Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik, Baden-Baden 2006.

2 Vgl. Gerhard Schröder: Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages, 14. Wahlperiode, 192. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 11. Oktober 2001, 18682; Angela Merkel: ebd. 18685.


resultieren die von staatstragenden Intellektuellen angetriebenen Selbstbespiegelungsdebatten, deren Ausgangspunkt, wie im Falle der Tönissteiner, zwar empirisch fragwürdig erscheinen mag, die aber nichtsdestoweniger einen Effekt zeitigen: Die innergesellschaftlichen Ressourcen werden mit den außenpolitischen Leitzielen in Einklang gebracht. Dass in Deutschland immer wieder mit dem Gestus des Tabubruchs nationale Interessen eingefordert werden, deren außenpolitische Durchsetzung seit Gründung der BRD ja nie vernachlässigt wurde, ist dabei Folge der „machtpolitischen Resozialisierung“³ nach 1990. Die gesellschaftliche Ausrichtung auf außenpolitische Ziele muss sich immer noch an den mentalen und kulturellen Spätfolgen von bedingungsloser Kapitulation und deutscher Teilung abarbeiten. Nur so ist es zu erklären, dass ein Bundespräsident in die Kritik gerät, weil er es als Aufgabe der Streitkräfte betrachtet, die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen sicherzustellen, obwohl eben dieses Ziel bereits seit Jahren in den Richtlinien der Bundeswehr festgeschrieben ist.

Auch wenn die gesellschaftspolitische Ziel-Mittel-Optimierung noch mit geschichtspolitisch behafteten Widersprüchen zu kämpfen hat, schreitet sie doch stetig voran. Das Papier der Tönissteiner leistet dazu einen Beitrag. Auf die Definition nationaler Interesse folgt die Wertschätzung von Handlungsmacht. Deutschland müsse in der Außenwirtschaftspolitik „sein Gewicht“ einsetzen, in multilateralen Institutionen „selbstständig“ auftreten und sich eine Interessenvertretung auch dort zutrauen, „wo seine Verbündeten es realpolitisch herausfordern“. Aus einer machtsstaatlichen Perspektive der Internationalen Beziehungen erscheint diese Haltung völlig undramatisch. Steht aber die Problematisierung von Konfliktursachen im Zentrum der Betrachtung, dann ist der Beitrag der Tönissteiner ein diskursives Element, das zu transatlantischen, innereuropäischen und internationalen Friktionen beiträgt.

3 Hellmann, Gunther: Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus. In: Welttrends 42, 2004, 79-88.

Schein und Sein der Kritik am außenpolitischen Konsens

In einem Punkt hebt sich die Position der Tönissteiner recht deutlich vom üblichen Lamento über die angebliche Leisetreterei in der deutschen Außenpolitik ab: Die Autorinnen und Autoren wünschen sich die Definition außenpolitischer Interessen als Ergebnis gesellschaftlicher Kontroversen. Zwar bekommt diese Vorstellung einen funktionalistischen Touch, weil aus demokratisch legitimierten Interessen ihre selbstbewusste Außenwahrnehmung abgeleitet wird. Aber immerhin zeigt sich damit kein obrigkeitsstaatliches, sondern ein liberales Verständnis von Außenpolitik. Gerade Außenpolitik gilt bis heute als Domäne der Exekutive. Jener obliege es, nationale Interessen zu erkennen, ohne sich vom parteipolitischen Klein-Klein oder dem politischen Meinungsbarometer abhängig zu machen. Demgegenüber vertreten die Tönissteiner einen Widerspruch bejahenden Ansatz. Ihr Ideal leidet allerdings an der Wirklichkeit. So stellen sie fest, dass die außenpolitischen Akteure in Deutschland hinsichtlich der „Grundpfeiler der Außenpolitik“ einen „breiten Konsens“ teilen. Als Übereinstimmungen werden Werte wie die Bewahrung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie die „Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses“, des „freien Welthandels“ und „freier Kapitalmärkte“ benannt. Daraus und aus anderen Nennungen ergäbe sich eine „politisch korrekte Doktrin“, die nur selten infrage gestellt würde. Richtig! Doch die vom Tönissteiner Kreis vorgeschlagene Erneuerung des gesellschaftlichen Wertefundaments weist über diese Leitlinien nicht hinaus. Forderungen nach „mehr Eigenverantwortung“, ebenso wie die positive Herausstellung von „Flexibilität und Kreativität“ als Grundwerte eines „wirtschaftsstarken Deutschlands“, stehen höchstens für einen neoliberalen Anstrich. Je nach Börsenlage rennt man mit solchen Zielen in der etablierten Politik mehr oder weniger offene Türen ein. Doch im Grunde lassen sich diese vermeintliche Kritik und ihr Gegenstand nicht unterscheiden. Das wird deutlich, wenn die Tönissteiner in der „außenwirtschaftlichen Verflechtung (...) unser ökonomisches Zukunftspotenzial“ erkennen und daraus die Schlussfolgerung ziehen, „Deutschland sollte (...) sein Gewicht für weitere Marktöffnung“ einsetzen. Für deutsche Regierungen, unabhängig von der jeweiligen Parteienkoalition, ist dies seit Jahrzehnten Usus. Spätestens hier offenbart sich der kritische Gestus der Tönissteiner als reine Affirmation.

Demgegenüber bräuchte eine Diskussion über tatsächliche Alternativen der Außenpolitik die Infragestellung der vorherrschenden Denkmuster. Solange die Identifikation mit dem nationalen Standort die Debatte bestimmt, werden sich Denzkirkel und Strategen mit ihren Aufforderungen zu einer deutlicheren Interessenpolitik und der Optimierung der dazugehörigen Machtmittel die Klinke in die Hand drücken. Nur wenn die Perspektive nationalstaatlicher Konkurrenz hinterfragt wird, wenn stattdessen Ideen globaler Gerechtigkeit und der Beseitigung fundamentaler Konfliktursachen mehr gesellschaftliche Relevanz bekämen, könnte eine Kontroverse über eine neue außenpolitische Kultur beginnen. 

Deutsche Interessen

Young Tönissteiner antworten ihren Kritikern

Tim Maxian Rusche, Florent Duplouy,
Florian Kuhn und Anna von Oettingen

Wir möchten unsere Replik mit einer Danksagung beginnen – an die Kommentatoren für die engagierte, robuste und faire Debatte auf diesem Streitplatz und an die *WeltTrends*-Redaktion, die diese offene Debatte ermöglicht hat. Zum Abschluss wollen wir auf die erhobene Kritik eingehen und unser Plädoyer noch einmal klar formulieren.

Interessen, Werte und Normen bedingen sich wechselseitig!

Wir meinen nicht, dass deutsche Interessen, und darauf aufbauendes gebündeltes deutsches Interesse, von gestern seien.¹ Veraltet ist vielmehr die Gegenüberstellung von (realpolitischen) Interessen und (idealpolitischen) Werten und Normen.² Denn so wie Normen zur Schablone und Wirkungslosigkeit tendieren, wenn sie nicht von Interessen getragen werden, führen Interessen zu Nötigung und Zynismus, wenn sie außerhalb bestehender Normen verfolgt werden. Grundsätzlich bieten „Auftrag des Grundgesetzes“, „Primat des Völkerrechts“ und „Vorgaben der europäischen Integration“ wichtige Leitsätze. Im Einzelfall jedoch sind sie nicht konkret genug, um einzelne Entscheidungen vorzuziehen.³ Zudem lösen sich nationale Interessen nicht dadurch auf, dass sie negiert werden oder auf europäischer oder internationaler Ebene ihre Entsprechung finden.⁴ Auch multilaterale Interessen wie Partnerorientierung, Gemeinschaftssinn oder Verteilungsgerechtigkeit müssen von aktiven Staaten mit Inhalt und Willen gefüllt werden. Andernfalls drohen sie zu bloßen, ineffektiven Floskeln zu verkommen. Umgekehrt steht Multilateralismus nicht zwangsläufig im Gegensatz zu

* Die hier geäußerten Ansichten stellen die persönliche Meinung der Verfasser dar. Sie können in keiner Weise die Institutionen binden, für welche die Autoren arbeiten.

1 So aber Dinger, Dörte: Nationale Interessen sind von gestern! In: *WeltTrends* 72, 2010, S. 101.

2 Siehe Dinger, Dörte: Nationale Interessen sind von gestern! In: *WeltTrends* 72, 2010, S. 103.

3 So aber Franke, Ulrich / Roos, Ulrich: Globale Solidarität als nationales Interesse. In: *WeltTrends* 73, 2010, S. 107.

4 So auch Jansen, Christoph u. a.: It's the Strategy, Stupid! In: *WeltTrends* 72, 2010, S. 97.

nationalen Interessen,⁵ sondern kann ganz im Gegenteil als nationales Interesse explizit formuliert sein.

Werte und Normen lassen sich als Interessen definieren!

Wir wollen Werte und Normen keinesfalls stiefmütterlich behandeln.⁶ Jedoch lässt sich allzu leicht unter Berufung auf eine moralisch korrekte Schablone die kritische Auseinandersetzung um Interessen umgehen. Das wollten wir vermeiden. In der Entscheidungsmatrix haben wir Werte und Normen ausgeklammert, weil wir sie als absolut, nicht abdingbar oder tauschbar ansehen. Allerdings haben sie durchaus auch eine realpolitische Dimension,⁷ in der sie sich auch über unsere Ansätze (Mandat der VN; Unterstützung des Bündnispartners; Gefährdung der Völkerrechtsordnung etc.) hinaus in die Entscheidungsmatrix einpreisen ließen. Wir halten diese Betrachtung über die realpolitische Dimension letztlich für effektiver für die Verwirklichung von Werten und Normen, als wenn diese ins Schaufenster der Außenpolitik verbannt würden, während das tatsächliche Spiel sich um knallharte Interessen drehe. Darum sind die erhobenen Vorwürfe des Unilateralismus,⁸ des Zynismus oder gar des Glaubens an die Heilkraft des deutschen Wesens nicht haltbar.

Debattenkultur gegen das Informationsdefizit!

Keineswegs scheuen wir die Beantwortung der Frage, welches Wertesystem nach der Wiedervereinigung gelten soll. Wir haben eigene Vorstellungen dazu: Ja zum Auftrag des Grundgesetzes; Ja zum Primat des Völkerrechts; Ja zur europäischen und multilateralen Integration als deutsches Interesse; aber Nein zum Wohlstand als Maßstab aller außenpolitischen Entscheidungen.⁹ Doch anstatt Inhalte zu besetzen oder vorwegzunehmen,¹⁰ möchten wir ein transparentes Prozedere vorschlagen, durch das hergebrachte Schablonen aus der Erstarrung gelöst und mit Leben erfüllt werden. Denn interessanter als die Frage, ob die

5 So aber Franke, Ulrich / Roos, Ulrich: Globale Solidarität als nationales Interesse. In: *WeltTrends* 73, 2010, S. 103.

6 So aber Jansen, Christoph u. a.: It's the Strategy, Stupid! In: *WeltTrends* 72, 2010, S. 98.

7 So richtig etwa Jansen, Christoph u. a.: It's the Strategy, Stupid! In: *WeltTrends* 72, 2010, S. 98.

8 So etwa Zyla, Benjamin: Außenpolitisches Selbstverständnis. In: *WeltTrends* 74, 2010, S.108.

9 Hierzu Franke, Ulrich / Roos, Ulrich: Globale Solidarität als nationales Interesse. In: *WeltTrends* 73, 2010, S. 106 f.

10 Insofern missverstanden von Bunde, Tobias / Oroz, Adrian: Warten auf Godot. In: *WeltTrends* 73, 2010, S. 103.

deutsche Außenpolitik tatsächlich „fein kalibriert“ ist,¹¹ bleibt doch diejenige, wo, wie und durch wen diese Kalibrierung vorgenommen wird. Wir meinen, sie sollte in Deutschland viel offener und transparenter geschehen. Mehr Demokratie wagen! Sicher brauchen außenpolitische Entscheidungsträger einen gewissen Informationsvorsprung. Allerdings sollte ihnen dieser nicht unkritisch überlassen werden. Effektive demokratische Kontrolle verringert das Risiko, dass Beamte ihre eigenen Interessen an die Stelle der Interessen der Bürger setzen.¹² Wir meinen auch, dass die außenpolitischen Entscheidungsträger dem Bürger mehr Aufklärung über die tatsächlichen Bündnisverpflichtungen bzw. die historischen Zusammenhänge schulden.¹³ Nationale Interessen stehen daher keineswegs im Gegensatz zum Wertesystem,¹⁴ sondern sollen die hohe Abstraktion des Wertesystems auf dem Weg zu konkreten, fundierten außenpolitischen Entscheidungen vermindern. Denn im Ergebnis müssen den Entscheidungsträgern eindeutige, praktisch relevante Kriterien vorliegen, wenn die Debatte nicht zum *L'art pour l'art* verkommen soll. Die Kommentatoren äußerten die Sorge, eine aufgrund nationaler Interessen definierte Außenpolitik fördere die Binnenorientierung,¹⁵ sei unilateral¹⁶ oder lasse die internationale Legitimität vermissen.¹⁷ Wir können sie beruhigen: Wir plädieren für ein wiedervereinigtes Deutschland, das außenpolitisch mündig, nicht aber großmächtig ist. Um keinen Verdacht der Willkür entstehen zu lassen, müssen wir das Informationsdefizit der Bürger abbauen. In einer demokratischen Verfassung gilt es schließlich auch, die innenpolitische Legitimität außenpolitischen Handelns zu sichern – was sich wiederum positiv auf die außenpolitische Legitimität auswirkt.

Was ist deutsch an deutschen Interessen?

Wenn außenpolitisches Handeln aufgrund von national definierten Interessen (das „Ob“) grundsätzlich akzeptiert wird, ist der Weg frei, um sich der inhaltlichen Anfüllung der Interessen (dem „Wie“)

11 So etwa Jansen, Christoph u. a.: *It's the Strategy, Stupid!* In: *WeltTrends* 72, 2010, S. 99.

12 So aber Jansen, Christoph u. a.: *It's the Strategy, Stupid!* In: *WeltTrends* 72, 2010, S. 100.

13 Siehe hierzu Jansen, Christoph u. a.: *It's the Strategy, Stupid!* In: *WeltTrends* 72, 2010, S. 104.

14 So aber Brand, Alexander: *Manchmal kommen sie wieder.* In: *WeltTrends* 74, 2010, S. 104.


15 Siehe Brand, Alexander: *Manchmal kommen sie wieder.* In: *WeltTrends* 74, 2010, S. 104.

16 Siehe Zyla, Benjamin: *Außenpolitisches Selbstverständnis.* In: *WeltTrends* 74, 2010, S. 108.

17 Siehe Dinger, Dörte: *Nationale Interessen sind von gestern!* In: *WeltTrends* 72, 2010, S. 102.

zu widmen. Zwar lässt sich außenpolitisches Handeln nur schwerlich auf zwei Achsen reduzieren,¹⁸ aber involvierte Interessen und deren Gewichtung lassen sich sehr wohl in einer Entscheidungsmatrix abbilden. Wenn die Definition von nationalen Interessen sicher auch woanders Schwierigkeiten bereitet,¹⁹ konnte sie etwa im *Princeton Project*²⁰ wenigstens angegangen werden, weil ein Konsens über das „Ob“ bestand. Interessen zu erfassen, zu gewichten und zu debattieren hilft auch, Verkürzungen des Begriffs „nationale Interessen“ vorzubeugen, wie Egon Bahr sie verhandlungstaktisch vornahm.²¹ Bahr plädiert auch für eine dem *Princeton Project* vergleichbare Kommission in Deutschland, die Empfehlungen zur Definition und Durchsetzung nationaler Interessen vorlegt – ein Wunsch, dem sich die Verfasser vollen Herzens anschließen.²²

„Deutsch“ an den Interessen der Entscheidungsmatrix ist selbstverständlich die Bezogenheit auf Deutschland. Würde, bezogen auf die Situation in Afghanistan z. B. die „Sicherung von Handelsströmen“ erwogen, so wäre darunter die Sicherung von Handelsströmen mit Deutschland zu verstehen, und wohl kaum die Qualität der Handelsströme zwischen Afghanistan und Iran. In dieser konkreten Ausgestaltung wären Deutschlands Interessen den Interessen der Vereinigten Staaten vielleicht gar nicht so ähnlich wie behauptet.²³

Würde das „Ob“ akzeptiert, ließe sich die Entscheidungsmatrix weiter verfeinern und um andere Inhalte ergänzen. Nicht (nur) in Aufsätzen, sondern (vor allem) durch die offene Debattenkultur in der politischen und in der akademischen Arena, die wir uns wünschen. Und vielleicht auch in einer von allen politischen Parteien (oder ihren Stiftungen) getragenen Kommission für deutsche nationale Interessen, die vor der Bundestagswahl 2013 ihren ersten Bericht vorlegen wird. 

18 So die Kritik von Bunde, Tobias / Oroz, Adrian: Warten auf Godot. In: WeltTrends 73, 2010, S. 103.

19 So Bunde, Tobias / Oroz, Adrian: Warten auf Godot. In: WeltTrends 73, 2010, S. 102.

20 Siehe Ikenberry, John / Slaughter, Anne-Marie (Co-Directors): Forging a World of Liberty Under Law. U.S. National Security in the 21st Century. Final Report of the Princeton Project on National Security. Princeton, New Jersey 2006.

21 Siehe das Bahr-Zitat in Bunde, Tobias / Oroz, Adrian: Warten auf Godot. In: WeltTrends 73, 2010, S. 102.

22 Siehe Bahr, Egon: Deutsche Interessen. Blessing, München 1998, S. 24.

23 So etwa Bunde, Tobias / Oroz, Adrian: Warten auf Godot. In: WeltTrends 73, 2010, S. 102 f.

Publikationsnachweis

Zuvor veröffentlichte Beiträge

Rusche, Tim Maxian et al.: Deutsche Interessen offen diskutieren! Plädoyer für eine neue außenpolitische Kultur. In: *WeltTrends* 71, März / April 2010, S. 103-111.

Jansen, Christoph et al.: „It’s the Strategy, Stupid!“ In: *WeltTrends* 72, Mai / Juni 2010, S. 97-100.

Dinger, Dörte: Nationale Interessen sind von gestern! In: *WeltTrends* 72, Mai / Juni 2010, S. 101-104.

Bunde, Tobias / Oroz, Adrian: Warten auf Godot. In: *WeltTrends* 73, Juli / August 2010, S. 101-104.

Franke, Ulrich / Roos, Ulrich: Globale Solidarität als nationales Interesse. In: *WeltTrends* 73, Juli / August 2010, S. 105-108.

Brand, Alexander: Alte These – neuer Aufguss. In: *WeltTrends* 74, September / Oktober 2010, S. 101-104.

Zyla, Benjamin: Außenpolitisches Selbstverständnis. In: *WeltTrends* 74, September / Oktober 2010, S. 105-108.

Rusche, Tim Maxian et al.: Deutsche Interessen – Young Tönissteiner antworten ihren Kritikern. In: *WeltTrends* 75, November / Dezember 2010, S. 85-88.

Zuvor unveröffentlichte Beiträge

Herborth, Benjamin / Jacobi, Daniel: Zuerst die Interessen und dann die Moral? In: *WeltTrends Papiere* 20, Universitätsverlag Potsdam: Potsdam 2011, S. 42-45.

Schütte, Robert / Islam, Rana Deep: Mehr Debatte wagen! Deutsche Sicherheitspolitik und Öffentlichkeit. In: *WeltTrends Papiere* 20, Universitätsverlag Potsdam: Potsdam 2011, S. 46-50.

Schuster, Ulrich: Die Wiederkehr des Immergleichen? In: *WeltTrends Papiere* 20, Universitätsverlag Potsdam: Potsdam 2011, S. 51-55.

Welt Trends *Papiere*

Sie möchten **Forschungsarbeiten** veröffentlichen?

Sie möchten in aktuelle **Debatten** streitbar eingreifen?

Sie möchten „klassische“ Texte für die **Lehre** einsetzen?

Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?

Wir bieten Ihnen dafür die **WeltTrends Papiere!**

- 1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
- 2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
- 3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
- 4 | Europäischer Einigungsprozess
- 5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
- 6 | Migration und Integration in Brandenburg
- 7 | Russlands Außenpolitik 2007/2008
- 8 | Gibt es eine europäische Zivilreligion?
- 9 | Kapitalismus kontrovers
- 10 | Der islamische Dschihad in Pakistan
- 11 | Regieren ohne Demokratie?
- 12 | Der Iran-Konflikt und die Obama-Regierung
- 13 | Die Zapatistas in Mexiko
- 14 | Westerplatte: Gemeinsamer Erinnerungsort?
- 15 | Herausforderung Europa
- 16 | Fiasko Afghanistan
- 17 | Herrschaft und Moderne im politischen Diskurs Irans
- 18 | Entscheidung in Potsdam
- 19 | Umstrittene Bürgerschaft

Bestellen Sie ...

... mit einer Mail an bestellung@welttrends.de

... auf www.welttrends.de

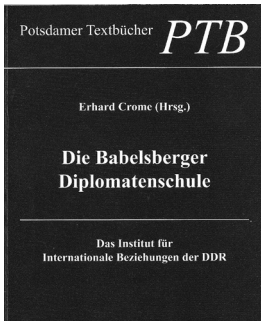
... auf www.amazon.de – Suchwort „Welttrends“

Ansprechpartner:

Frau Azadeh Zamirad M.A. 0331 977 3478 (zamiri@welttrends.de).

DIE BABELSBERGER DIPLOMATENSCHULE**Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR**

Herausgeber Erhard Crome (ISBN-Nr. 978-3-941880-01-6)



Dieses Buch stellt das Institut für Internationale Beziehungen (IIB) in Potsdam-Babelsberg von seiner Gründung in den 1950er Jahren bis zu seiner Auflösung im Jahre 1990 dar. Zeitzeugen analysieren die Rolle des Instituts im politischen System, beschreiben seine Strukturen und Aufgaben in Forschung und Lehre, diskutieren Defizite und Leistungen dieser außenpolitischen Institution der DDR.

Aus dem Inhalt

Das IIB im politischen System der DDR und in der außenpolitischen Lehre und Forschung.

Lehre: Die ersten Jahre, Erinnerungen vom 1. Vierjahreslehrgang und vom letzten Zweijahreslehrgang, Rückblicke auf das fünfjährige Außenpolitikstudium, Ausländerstudium, Fremdsprachenausbildung und „Diplomatische Praxis“.

Forschung: Grundfragen der internationalen Politik, Sozialismusforschung und Forschungen zur westeuropäischen Integration, Außenpolitik der USA, Entwicklungsländer und Weltwirtschaft, Völkerrechtswissenschaft und Auslandsinformation.

Ende des IIB: eigenständiger Neuanfang, hoheitliche Abwicklung, Entwicklungen danach. Das Buch enthält eine Chronologie, ein Verzeichnis der IIB-Dissertationen sowie wichtiger Publikationen. Fotos und Faksimile unterstreichen den zeithistorischen Charakter.

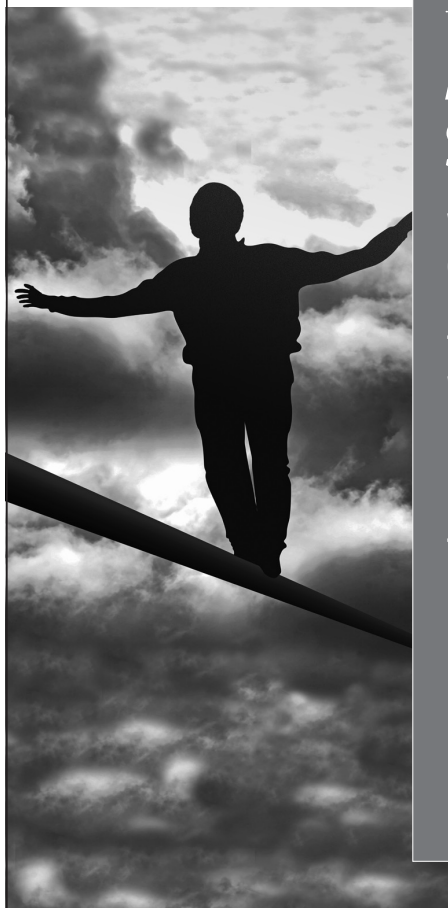
„Für eine breitere Leserschaft, die sich die DDR nicht von Leuten erzählen lassen will, die wie Karl May über die Indianer in Amerika schreiben, ohne je dort gewesen zu sein, eine lohnenswerte Lektüre.“

André Brie

**Das Buch erscheint in der Reihe Potsdamer Textbücher: PTB 12, 272 Seiten, 14,50 €
bestellung@welttrends.de, www.welttrends.de und bei amazon/WeltTrends**

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik



Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 67!

Außenpolitik in Schwarz-Rot

Von Bismarck bis Merkel
Gespräche – Erler, v. Kläden
Berlin – Moskau und Brüssel
Tunnelblick und Burgfrieden
Warschau – Berlin, Moskau

Neues bei Obama?
EU als globaler Akteur
Thailand – Dauerkrise

*Abo-Vorteile!
6 Ausgaben jährlich
ab 25 €!*

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Themenhefte

- | | |
|--|--|
| 81 Atomare Abrüstung | 45 Von Dynastien und Demokratien |
| 80 Japan in der Katastrophe | 44 Modernisierung und Islam |
| 79 Rohstoffpoker | 43 Großmächtiges Deutschland |
| 78 Polen regiert Europa | 42 Europäische Außenpolitik |
| 77 Vom Fremden zum Bürger | 41 Transatlantische Perspektiven II |
| 76 Herausforderung Eurasien | 40 Transatlantische Perspektiven I |
| 75 Exit Afghanistan | 39 Wohlfahrt und Demokratie |
| 74 Vergessene Konflikte | 38 Politisierung von Ethnizität |
| 73 Klimapolitik nach Kopenhagen | 37 Vergelten, vergeben oder vergessen? |
| 72 Südafrika und die Fußball-WM | 36 Gender und IB |
| 71 Selektive Grenzen | 35 Krieg im 21. Jahrhundert |
| 70 Brodelnder Iran | 34 EU-Osterweiterung im Endspurt? |
| 69 Europäische Brüche | 33 Entwicklungspolitik |
| 68 NATO in der Sinnkrise | 32 Balkan – Pulverfaß oder Faß ohne Boden? |
| 67 Außenpolitik in Schwarz-Rot | 31 Recht in der Transformation |
| 66 Energiesicherheit Deutschlands | 30 Fundamentalismus |
| 65 Naher Osten – Ferner Frieden | 28 Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 64 Konfliktherd Kaukasus | 27 10 Jahre Transformation in Polen |
| 63 Geopolitik Ost | 26 (Ab-)Rüstung 2000 |
| 62 Zerrissene Türkei | 24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 21 Neue deutsche Außenpolitik? |
| 60 Russische Moderne | 20 Demokratie in China? |
| 59 EU-Außenpolitik nach Lissabon | 19 Deutsche und Tschechen |
| 58 Regionalmacht Iran | 18 Technokratie |
| 57 Ressource Wasser | 17 Die Stadt als Raum und Akteur |
| 56 Militärmacht Deutschland? | 16 Naher Osten – Region im Wandel? |
| 55 G8 Alternativ | 14 Afrika – Jenseits des Staates |
| 54 Identität Europa | 12 Globaler Kulturkampf? |
| 53 Rotes China Global | 11 Europa der Regionen |
| 52 Deutsche Ostpolitik | 8 Reform der UNO |
| 51 Geheime Dienste | 7 Integration im Pazifik |
| 50 Kerniges Europa | 6 Zerfall von Imperien |
| 49 Militär in Lateinamerika | 5 Migration |
| 48 Internet Macht Politik | 3 Realer Post-Sozialismus |
| 47 Europäische Arbeitspolitik | 2 Chaos Europa |
| 46 Globale Finanzmärkte | 1 Neue Weltordnung |

Bestellen Sie ...

... mit einer Mail an bestellung@welttrends.de

... auf www.amazon.de – Suchwort „Welttrends“

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellformular

Ich bestelle:

- ein **Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 40 €.
- ein **Studenten-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 25 €.
- ein **Institutionen-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 80 €.
- WeltTrends** Nr. []
zum Preis von je 9,50 € (Nr. 1-57 nur 5, 58-75 6 €) zzgl. Porto.

Die Abonnements sind jederzeit kündbar.

Zahlungsweise

- Rechnung

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

E-Mail-Adresse: _____

Datum und Unterschrift: _____

WeltTrends | Universität Potsdam | August-Bebel-Str. 89 | D-14482 Potsdam
Fax +49 (0) 331 / 977 4696

Deutschland braucht eine neue außenpolitische Kultur! Hierfür plädierte eine junge Gruppe aus dem „Tönissteiner Kreis“ 2010 in der Frühjahrsausgabe von WeltTrends und forderte eine klare Formulierung deutscher Interessen. Die angestoßene Debatte stieß auf große Resonanz und wurde von jungen Akademikern aufgenommen, die sich nicht scheuten, eigene Anregungen für die deutsche Außenpolitik zu formulieren und zentrale Thesen des Plädoyers in Frage zu stellen: Worin bestand das Neue, worin das Deutsche an der Forderung nach einer Interessendefinition? Das Papier gibt die lebhafteste Debatte des außenpolitischen Nachwuchses wieder, die 2010 innerhalb wie außerhalb der Zeitschrift geführt wurde.

Welt  Trends

ISSN 1864-0656
ISBN 978-3-86956-153-0